

b unabhängige **40 JAHRE** **auernstimme**

Mai 2016

Nummer 399 – K 12858 / 3,45 €



Foto: Dirscherl/pixelio

Die Stimmung ist gedrückt auf dem Land, angesichts frei fallender Preise und der Tatsache, dass Marktpartner, Politik und Bauernverband die Bauern kalkuliert der Marktberreinigung überlassen.



Foto: Laube/pixelio

Sind neue Züchtungsmethoden demokratische Gentechnik? Sind sie wirklich nur harmlose, zielgenaue Eingriffe, nicht regulierungs- oder kennzeichnungswürdig und gar etwas für den Ökolandbau?



Bauern und Bäuerinnen in Canada wie auch in Europa werden nicht viel davon haben, wenn das Handelsabkommen CETA als Vorhut zu TTIP in Rennen um die Ratifizierung geht. Der Widerstand wächst.



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto: Volling

Alle mitnehmen!



Die Seite 3

Volkes Wille bewegt die Politik 3
 Essen als politische Handlung 3



Agrarpolitik

CETA: Ein Schlag gegen bäuerliche Strukturen 4
 Kosmetische Korrekturen 5
 Bäuerlicher Widerstand gegen Verlust von Ackerland 6
 Bio ernährt die Welt 7



Bewegung

Nordost-AbL in Blüte 8
 Geduld als Wegweiser, Vielfalt als Ziel 19



Schwerpunkt

Rohstoffmenge muss reduziert werden 11
 Unerklärliche Ruhe neben erstaunlicher Bewegung 13
 Downsizing mit Weide- und Biomilchproduktion 14



Gentechnik

Präzise ist nicht sicher 16
 Unerwarteter Erfolg 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Oliver Sorge und Phillip Brändle, Seite 9; Jubiläum, Seite 10 und 18; Nachbau, Seite 15; Lesen, Seite 20 und 21; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Mit Würde

Warum verstehen die uns nicht? Wissen die gar nicht, was los ist? Warum tun die nichts?“, und dann brach die Milchbäuerin aus Süddeutschland in Tränen aus. Anrufe, Gespräche wie diese in den letzten Wochen überall im Bundesgebiet. Sie gehen mir nahe.

Mein Schwager melkt jetzt für 23 Cent den Liter, wie Zehntausende Kollegen auch, die an norddeutsche Molkereien liefern. Deren Chefs kündigen schon an, dass der Preis noch weiter fallen wird, weil zu viel Milch am Markt ist.

Die AbL hat die Molkereien aufgefordert, ähnlich wie FrieslandCampina oder die österreichische Gmundener Molkerei kurzfristig und befristet einen Bonus für Mengenvernunft einzuführen. Keine neue Quote, sondern eine Notmaßnahme, um jetzt koordiniert und auch überbetrieblich von der Übermenge runter zu kommen. Die Beispiele zeigen, dass das geht, wenn man will. Aber „unsere“ Molke-reispitzen wollen nicht. Sie rechnen sich in der Krise durch Niedrigpreisstrategie neue (Welt-)Marktanteile aus. Sie wollen als Gewinner aus der Krise hervorgehen, um den nächsten Wettlauf anzuzetteln. Einige Molkereichefs sagen offen, dass sie selbst zwar zu mengenbegrenzenden Maßnahmen bereit wären, aber sie werden zurückgepfiffen von einflussreichen Vielmelkern in Vorstand und Aufsichtsrat. Es sind die gleichen Wachstumsbetriebe, die auch im Bauernverband die Position bestimmen. Ihre Devise heißt „Weiter so“, genau wie beim Bundesminister Christian Schmidt. Der verweist allen Ernstes darauf, dass im Jahr 2025 der Preis wieder besser sein werde. Die Botschaft heißt, dass der Markt das schon „bereinigt“. Sie kalkulieren brutal ein, dass Tausende Betriebe aufhören, um ja nicht denjenigen in die Quere zu kommen, die stark wachsen wollen und für die Ställe mit tausend Kühen Vorbilder sind. Es ist unerträglich. Die Spitzen der Molkereien, des Bauernverbands und des Ministeriums lassen zu, dass wertvolle bäuerliche Arbeit, die Erzeugung von gesunden Lebensmitteln, so entwürdigt wird.

Alle tragen jetzt eine hohe Verantwortung. Als AbL lassen wir nicht locker. Natürlich machen wir weiter Druck auf die Molkereien, damit sie ihre Möglichkeiten endlich im Sinne auch der bäuerlichen Betriebe nutzen. Wir sind intensiv auf die politisch Verantwortlichen in den Bundesländern zugegangen, damit auch sie die Molkereien abfordern und gleichzeitig den Bundesminister auffordern, auf EU-Ebene gemeinsam mit Frankreich für kurzfristige mengenbegrenzende Krisenmaßnahmen einzutreten. Die Agrarministerkonferenz der Bundesländer hat diese Forderungen nun endlich klar und unmissverständlich im Beschluss zum Milchmarkt aufgegriffen. Das hat zu lange gedauert, aber es ist jetzt ein wichtiges Signal. Bauern sind in der Lage, die Milchmenge zu reduzieren. Die Molkereien und Bundesminister Schmidt sind jetzt gefordert. Das ist kein Selbstläufer, wir werden weiter dranbleiben!

Die Bauernstimme berichtet regelmäßig auch über Berufskollegen, die eigene erfolgreiche Wege zur Existenzsicherung gehen. Nicht aus Besserwisserei oder als Patentrezept für alle, sondern um Mut zu machen, dass es anders besser gehen kann. Zusammen mit der Zivilgesellschaft für unsere Bauernhöfe zu kämpfen und dafür aufzustehen – das ist auch eine Frage der Würde.

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer

Verlassene Gummistiefel – zum Titel

Agrarministerkonferenzen locken erfahrungsgemäß immer Interessenvertreter unterschiedlichster mit Landwirtschaft befasster Verbände an pittoreske Orte der Provinz. Die bäuerlichen Ansprüche und Forderungen an die Länderressortchefs machte die AbL schon eine Woche vor der Konferenz am mecklenburg-vorpommerschen Schloss in Göhren-Lebbin klar. Die existenzbedrohende Situation für bäuerliche Betriebe durch übervolle Agrarmärkte symbolisierten vom Ausstieg betroffene Gummistiefel. Die Forderung ist: Keine weiteren symbolischen Aktionen seitens der Politik, sondern die konkrete Einführung von Instrumenten zur Milchmengenreduzierung. Die Minister haben das eine Woche später beschlossen, nun muss es umgesetzt werden.

Volkes Wille bewegt die Politik

Kompromiss für eine tier- und artgerechte Haltung in Brandenburg gefunden

Es war ein hartes Ringen, immer wieder torpediert vom Landesbauernverband, das schlussendlich zu einem Kompromiss zwischen den Initiatoren des Aktionsbündnisses Agrarwende Berlin-Brandenburg und den Vertretern der Regierungsparteien SPD und Linke führte. Bis es allerdings zu gemeinsamen Gesprächen kommen konnte, mussten die Initiatoren verschiedene Hürden nehmen. Nachdem die Forderungen der Initiatoren einer mit knapp 34.000 Unterschriften gewonnenen Volksinitiative im März vergangenen Jahres vom Landtag abgelehnt worden waren, hatten die Initiatoren ein Volksbegehren gegen Massentierhaltung gestartet. Trotz kurzer, nur sechsmonatiger Vorbereitung beteiligten sich bis zu dessen Ende Mitte Januar daran 103.545 Menschen und damit weit mehr als die notwendigen 80.000. Die Landesregierung wollte sich solch einem massiven Bedürfnis seiner Bevölkerung nach einer Änderung in der Agrarpolitik offenbar nicht mehr einfach entgegenstellen. Spätestens am 19.4. hätte der Landtag über eine Annahme

der Forderungen aus dem Volksbegehren entscheiden müssen. Für den Fall einer Ablehnung der Forderungen stand der Termin für einen gesetzlich bindenden Volksentscheid am 17.7. schon fest. Doch so weit ist es nicht gekommen. Offenbar wollten die Regierenden nicht riskieren, jeglichen Einfluss auf die Ausgestaltung zentraler Punkte der Agrarpolitik gänzlich aus der Hand zu geben. In fünf Verhandlungsrunden mit den Koalitionsfraktionen suchte man deshalb nach einer Kompromisslinie.

Drei zentrale Punkte

Das zentrale Element der Einigung ist die Erarbeitung eines Landestierschutzplans für Brandenburg mit den Zielen eines Kupierverbots bis 2019, der Verbesserung der Haltungsbedingungen, der Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes und des Aufbaus von Demonstrationstrieben. Darüber hinaus soll die Stelle eines unabhängigen Tierschutzbeauftragten geschaffen werden, der die Arbeit der Veterinärämter und Behörden flankiert und gegebenenfalls einschreitet, wenn

deren Umsetzung mangelhaft ist. Der Tierschutzbeauftragte ist auch der Ansprechpartner für die Bürger im Falle von Missständen in Tierhaltungsanlagen.

Sehr konkret wird das Verhandlungsergebnis auch in Bezug auf die Reduktion von Beeinträchtigungen durch Geruchs- oder andere Emissionen. Bestehende Schweinemastställe ab 10.000 Mastschweinen haben vier Jahre Zeit, freiwillig Filteranlagen einzubauen. Nach sieben Jahren wird dies obligatorisch. Für Neuanlagen gilt die Filterpflicht sofort.

Weit gehen auch die Änderungen bei der Förderung. Eine Basisförderung für Stallneu- bzw. -umbauten gibt es zukünftig nicht mehr. Gefördert werden nur noch Betriebe, deren Um- bzw. Neubauten besondere Leistungen im Tierwohl erbringen. Gleichzeitig ist bei Betrieben, die eine Förderung beantragen, der Tierbestand an die Fläche gekoppelt und auf maximal 2 GV/ha beschränkt. Um die Förderung von Megaställen zumindest zu drosseln, wurde die maxi-

male Fördersumme um 25 Prozent reduziert und auf max. 600.000 Euro gedeckelt. Nicht durchsetzen konnte sich das Bündnis Agrarwende mit seiner Forderung nach einer Einführung eines Verbandsklagerechts Tierschutz. Obwohl die Ergebnisse aus verschiedenen anderen Bundesländern zeigen, dass eine Einführung nicht automatisch eine Klagewelle von Verbänden auslöst, gibt es von Seiten der Regierung sowie des Bauernverbands diesbezüglich massive Bedenken. Für die Initiatoren sind die jetzigen Erfolge weitere Schritte hin zu einer von der Bevölkerung getragenen Landwirtschaftskultur in Berlin-Brandenburg. „Mit diesem Einstieg in eine andere Landwirtschaft wollen wir zusammen mit dem Berufsstand an der praktischen Umsetzung des Tierschutzes arbeiten, wissenschaftlich begleiten und konkret evaluieren.“ Aktuell fehlt allerdings noch die Bereitschaft des Landesbauernverbands (LBV) zur gemeinsamen Weiterentwicklung der Agrarpolitik. In einer ersten Reaktion sieht der LBV nur einen „Scherbenhaufen“. *mm*

Essen als politische Handlung

Bürgerinitiativen und Ernährungsräte mischen sich ein

Sie wollen in der öffentlichen Verpflegung Fleisch aus artgerechter Tierhaltung auf die Tische bringen und eine grundsätzliche Mitbestimmung der Menschen rund um die Art der regionalen Lebensmittelerzeugung etablieren. An verschiedenen Orten in Deutschland engagieren sich Menschen und schaffen gelebte Umsetzungsbeispiele für das Konzept der Ernährungssouveränität.

In München hat es das Aktionsbündnis „Artgerechtes München“ mit den seit Mai 2015 gesammelten Unterschriften von 30.000 Menschen aus der bayerischen Landeshauptstadt und ihrer näheren Umgebung geschafft, dem Stadtrat den Auftrag zu geben, in seinem Wirkungsbereich nur noch die Verwendung von Produkten aus artgerechter Tierhaltung zuzulassen. Gertraud Gafus, bayerische Bäuerin und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), betonte die Bedeutung des Anliegens: „Lieber weniger und dafür was G'scheits. Mit dieser Einstellung haben wir Bauern, die Tierschutz und Ökologie hoch halten und nicht nur auf Massenproduktion setzen, eine

Chance zu überleben. Und alle anderen Bauern haben eine Chance, diesen Weg einzuschlagen.“

Ausschusshürden

Der Münchener Gesundheitsausschuss hat nun Mitte April immerhin eine Beschlussvorlage diskutiert, die sich mit der Definition von Lebensmitteln aus artgerechter Tierhaltung und ihren derzeitigen Verwendungsanteilen sowie Möglichkeiten, deren Umfang zu erhöhen, beschäftigt. Den Bündnismitgliedern gehen die Überlegungen und die vorsichtigen, wenig verbindlichen Schritte zur Ausdehnung auf z.B. maximal 30 Prozent des Einkaufsbudgets der Kantinen nicht weit genug. Am anderen Ende der Bundesrepublik, in der norddeutschen Hansestadt Bremen, hat das Agrarpolitische Bündnis Bremen einen ähnlichen Bürgerantrag mit rund 5.000 Unterstützern eingereicht. Hier wurde die Initiative zögerlicher als in München aufgenommen und zunächst an die Ausschüsse für Umwelt, Bildung, Finanzen und Gesundheit abgegeben. Das weitere Verfahren blieb bisher unklar, der größte Kritikpunkt be-



Münchner kümmern sich um ihre Lebensmittel

Foto: artgerechtes München

stand darin, der Begriff von „artgerechter Tierhaltung“ sei nicht geklärt.

Ernährungsräte

Andere Bürgerinitiativen stellen sich als Diskussionsplattformen in Form von lokalen Ernährungsräten auf. Dabei handelt es sich um Politik begleitende Gremien, die zukunftsfähige Systeme für Ernährung und Landwirtschaft diskutieren und Ideen einbringen wollen, wie Lebensmittel lokal nachhaltig produziert, verteilt, verbraucht und schließlich entsorgt werden können. In Deutschland gründete sich Ende Februar der erste Rat in Köln, Ende April der zweite in Berlin. Der Grundgedanke ist, dass in Städten und Kommunen die

komplexen, global vernetzten Zusammenhänge überschaubarer und die Einflussmöglichkeiten größer sind. Die Herausforderungen, die sich Ernährungsräte zur Aufgabe machen, sind vielfältig und unterscheiden sich regional je nach Ausgangslage, Interessen und der Zusammensetzung der Beteiligten. Themen sind dabei vor allem die Förderung urbaner Landwirtschaft, die Bekämpfung sozialer Benachteiligung im Ernährungssystem, die Verbesserung von Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen und sozialen Einrichtungen sowie die Stärkung der Beziehungen zwischen Menschen, die in der Stadt leben, und Bäuerinnen und Bauern aus dem Umland. *cw*

CETA: Ein Schlag gegen bäuerliche Strukturen

In der EU steht die Ratifizierung des Handelsabkommens EU/Kanada vor der Tür

Der kleine Bruder von TTIP: So wird jedenfalls das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) gerne mal genannt. Klein, weil die kanadische Wirtschaftsleistung weniger als ein Zehntel der US-amerikanischen beträgt. Und Bruder, weil sich diese Abkommen in ihrer Gestalt stark ähneln. Der kleine Bruder gibt einen Vorgeschmack, was erst vom großen zu erwarten ist.



Stoppt CETA

Foto: Engelke

Während das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) seit Juni 2013 verhandelt wird und bisher noch aus einzelnen Verhandlungstextteilen besteht, ist CETA seit September 2014 fertig verhandelt, hat bis vor wenigen Wochen die Rechtsprüfung sowohl in Kanada als auch in der EU durchlaufen und steht nun vor der Ratifizierung. Ab Juni diesen Jahres wird sich der EU-Rat mit CETA befassen, eine Abstimmung ist frühestens September zu erwarten. Danach folgt die Abstimmung im EU-Parlament. Obwohl es als wahrscheinlich gilt, ist noch nicht abschließend geklärt, ob die EU-Kommission dem Rat CETA als gemischtes Abkommen vorschlagen wird.

Dann würde über CETA auch in den EU-Mitgliedstaaten abgestimmt. Tritt das ein, wird von Experten erwartet, dass die EU-Kommission eine sogenannte vorläufige Anwendung vorschlagen wird.

Nicht nur als undemokratisch, sondern auch als höchst delikates ist die vorläufige Anwendung einzuschätzen. Das zeigen aktuell die Niederlande, in denen mittels eines Referendums die Wähler gegen das vorläufig angewendete Handelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine gestimmt haben. In Wallonien, eine von drei Regionen in Belgien, hat die Regierung kurz vor Redaktionsschluss angekündigt, CETA nicht zustimmen zu wollen und zuletzt kamen aus Rumänien ablehnende Worte vom Außenminister. Allein schon die Abstimmung solcher umstrittenen Handelsabkommen bietet viel Zündstoff. Noch mehr aber die Inhalte. Von einem europäisch-kanadischen Agrarhandel, wie CETA ihn vorsieht, wird in Kanada der Milchmarkt sensibel getroffen und in der EU kommt der Fleischmarkt unter Beschuss.

Derzeit schützt ein Zoll von 245,6 Prozent den kanadischen Milchmarkt vor billigen Importen. Kanada verfügt über eine aktiv gestaltete Mengensteuerung im Milchmarkt. Für jeden Liter überschüssige Milch zahlen die Erzeuger eine Strafabgabe. Während der kanadische Auszahlungspreis an die Erzeuger sich an die Produktionskosten der Milch orientiert, ist der europäische Milchpreis im weltweiten Wettbewerb drastisch abgeschmiedet auf 29,3 Cent/kg im Februar diesen Jahres. Die politisch gewollte Exportorientierung, die Vorarbeit für solche Art von Handelspolitik, hat den Milchpreis für europäische Erzeuger gänzlich zerstört. Würde

CETA ratifiziert, kommt auch der kanadische Markt mächtig unter Druck. Derzeit gelangen nur mittels zollfreien Quoten EU-Käseexporte nach Kanada. Die sollen durch CETA verdoppelt werden. Dann würde fast 8 Prozent des nationalen Käsemarktes (425.400 t) von der europäischen Molkereiindustrie beliefert. Der billige EU-Preis schlägt den höheren und existenzsichernden kanadischen Milchpreis. Es ist zu erwarten, dass die zollfreie Quote ohne Probleme von der EU-Industrie ausgeschöpft werden kann. Terry Boehm, kanadischer Getreidebauer und ehemaliger Präsident der National Farmers Union sagt: „Unser System der Mengensteuerung ist Verhandlungsobjekt jeglicher Handelsabkommen. Die kanadische Regierung verfolgt die Liberalisierung, schützt aber immer noch die Mengensteuerung, weil in Quebec viele Milchbauern leben und Quebecs Stimmen wichtig sind für die Wahlen in Kanada. Trotzdem wird mit jeder Verhandlung die Mengensteuerung ein Stück weit ausgehöhlt.“

Große Unterschiede

Im Fleischsektor schützt die EU ihren Markt mit Zöllen vor Importen aus Kanada. Dort haben die Erzeuger für Rindfleisch in den letzten zehn Jahren zum Teil 15 bis 35 Prozent niedrigere Auszahlungspreise erhalten als die europäischen, nach Daten der OECD/FAO. Der Preisunterschied im Schweinesektor ist noch gravierender. In einigen Jahren lag der Schweinepreis in Kanada bis zu 60 Prozent unter dem europäischen. Trotz des Preisabstiegs im europäischen Schweinesektor lag der kanadische Preis selbst im Jahr 2014 immer noch 25 Prozent unter dem europäischen. Mittels CETA sol-

len die zollfreien Quoten für Schweine- und Rindfleisch aus Kanada um das vierzehnfache bzw. zwölffache steigen gegenüber bestehenden Zollquoten. Zumindest, wenn die kanadische Exportindustrie diese Quotenmenge ohne den Einsatz von Hormonen oder Raktopamin, ein umstrittenes Mastmittel, bereitstellen kann. Hier kommt das neu installierte Instrument Regulatorische Kooperation ins Spiel. Demnach soll eine Art Regulierungsrat aus nicht-gewählten Bürokraten Gesetzesvorhaben daraufhin prüfen, ob sie Handelsinteressen beeinträchtigen könnten. Wirtschaftslobbyisten wird damit Tür und Tor geöffnet, unliebsame Gesetzesentwürfe aus dem Verkehr zu ziehen – noch bevor Parlamente und Öffentlichkeit davon erfahren. Sogar eine nachträgliche Veränderung oder Erweiterung des Vertrages ohne demokratische Kontrolle ist möglich. Der Göttinger Rechtswissenschaftler Dr. Peter-Tobias Stoll der Universität Göttingen kommt in einem wenige Wochen alten Gutachten erneut zum Schluss, dass der aktuelle CETA-Entwurf nicht sicherstelle, ob bei völkerrechtlich bindenden Beschlüssen im Regulierungsrat noch die Zustimmung des EU-Parlamentes erforderlich ist. Somit könnten nach einem Abschluss von CETA unliebsame Standards wie etwa Hormonfleisch außerhalb der Parlamente diskutiert und entschieden werden.

Und gleich der nächste Hammer

Der kleine Bruder CETA bietet nur einen Vorgeschmack, was auf die Landwirtschaft erst durch TTIP zukommen würde. Im Milchmarkt wird es keine einseitigen Exporte seitens der EU geben, sondern es ist mit einem Schlagabtausch zu rechnen, der die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks mächtig aufwirbeln wird. US-amerikanische Fleischindustrie-Lobbyisten haben schon herausposaunt, dass sie sich mit dem CETA-Marktzugangsvorschlag nicht zufrieden geben werden, sondern mindestens das Zehnfache für ihre Exporte in die EU sehen wollen. Auch in den USA wird Rind- und Schweinefleisch billiger und mit Hormonen und Raktopamin erzeugt. Auch soll im TTIP eine Regulatorische Kooperation installiert werden, die nicht weniger undemokratisch ausgestaltet werden soll, als in CETA.

Berit Thomsen,

AbL-Internationale Agrarpolitik

Zollfreie Import- und Exportquoten für Fleisch und Milch im CETA-Vertrag in Tonnen

	Existierende Zollquoten	Tatsächliche Importe	Zollquoten gesamt nach CETA-Einführung
Kanada nach EU			
Schweinefleisch (hormonfrei)	5.549	63	80.549
Rindfleisch (hormonfrei)	4.162	42	50.000
EU nach Kanada			
Käse	13.472	14.505	31.072
Industriekäse			1.700

Quelle: CETA-Vertragstext, BMEL-Statistik



Jetzt ist die EU-Kommission wieder am Zug beim Glyphosat

Foto: Meltis/pixelio

Kosmetische Korrekturen

Wohin mit Glyphosat?

Ein bisschen krebserregend, so könnte man die sich entwickelnde Linie in Sachen Glyphosat bewerten. Am Anfang standen sich zwei Seiten gegenüber: Die eine war für eine uneingeschränkte Wiederzulassung des weltweit meisteingesetzten Pestizids auf 15 Jahre. Die EU-Kommission hatte ihren Vorschlag dazu entsprechend ihrer bedenkenlosen wissenschaftlichen Quellen, der europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) und dem deutschen Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), formuliert. Dagegen stand eine breite Gegnerschaft aus Umwelt- und Gesundheitswissenschaftlern, Politikern, Aktivisten – besonders entschlossen, nachdem die internationale Krebsforschungsagentur der FAO, der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Stempel „wahrscheinlich krebserregend“ auf das Totalherbizid gedrückt hatte. Dann hatten weiter wachsender gesellschaftlicher Druck und die Ablehnung einer uneingeschränkten Wiederzulassung durch verschiedene Mitgliedsstaaten die EU-Kommission die Entscheidung zunächst verschieben lassen. Die Debatte verschärfte sich zu Ungunsten des Glyphosats und der Industrie. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks konnten sich erst nicht einigen und sorgten für ein Quasiveto Deutschlands. Der Unterausschuss des EU-Parlamentes stimmte gegen eine Wiederzulassung. Der Verbraucherschutzkommissar Vytenis Andriukaitis forderte Monsanto auf, die Studien, auf denen die Zulassung basiert, offen zu legen. Zähneknirschend und unter vielen Verweisen auf die bereits stattgefundenen „fachlichen, seriösen Be-

wertungen“ und mit Warnungen vor Missbrauch der Transparenz zu Skandalisierungs- und Panikzwecken schlug die Lobbytruppe Arbeitsgemeinschaft Glyphosat rund um Monsanto eine Leseraumlösung entsprechend der TTIP-Offenlegung im Bundestag vor. Nur unter Aufsicht und ohne technische Hilfsmittel sollten Personen Zutritt erhalten. Monsanto, dessen Glyphosatverkaufszahlen im vergangenen Jahr gesunken sind, war angezählt. Dann schrieben Schmidt und Hendricks einen gemeinsamen Brief nach Brüssel, in dem sie erläuterten, dass sie der Wiederzulassung nun zustimmen und damit dazu beitragen möchten, „das Verfahren zur Wiedergenehmigung des Wirkstoffs Glyphosat erfolgreich abzuschließen“. Hendricks Bedenken bezüglich der biologischen Vielfalt finden sich noch als Hinweis im Anhang, beim Verbot der Sikkation, wie sie andere Mitgliedstaaten forderten, könne man mitgehen. Kurz darauf stimmte das EU-Parlament für eine Wiederzulassung mit Auflagen und nur für sieben Jahre. All das ist nicht bindend für die Kommission, die sich wahrscheinlich Mitte Mai entscheiden wird. Ein bisschen den Kritikern zugestehen, viel der Industrie, so könnte es am Ende laufen.

Politisch

Schon seit Jahren steigt die Anwendung von Glyphosat, schon seit Jahren findet es sich überall in Mensch, Tier Umwelt, schon seit Jahren lässt sich eine wachsende Resistenz gegen Glyphosat bei Vielanwendung beobachten. Untersuchungen in Deutschland zeigen, dass der typische Vielanwender ein durchrationalisierter, fruchtfolgaremer Be-

trieb mit wenig Arbeitskräften und eher mehr Hektaren ist. Trotzdem lehnt der untersuchende Wissenschaftler Horst-Henning Steinmann von der Universität in Göttingen in den DLG-Mitteilungen einen „Klassenkampf zwischen den Agrarkulturen“ ab, wohl aber auch einen „Maulkorb hinsichtlich interner Kritik“. Bauernverband und die industrielle Lobbygemeinschaft zur Wiederzulassung des Pestizids, die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, warnen vor „politischen Pflanzenschutzmittelzulassungen“ und davor, die „gesamte Grundlage zur Bewertung von Pflanzenschutzmitteln in Frage zu stellen“, „wissenschaftlich haltlos zu skandalisieren und Panik zu schüren“. Im Zusammenhang mit Glyphosat – so auch von der AbL in ihrem Positionspapier dazu – werden immer wieder die Intransparenz der Zulassungsvorgänge ebenso wie der Einsatz des Mittels als billige Alternative zu gutem Ackerbau kritisiert, weil sie politisch sind. Genauso, wie es politisch ist, dass es gesetzliche Vorgaben mit dem schönen Namen „integrierter Pflanzenschutz“ gibt und sich das Umweltbundesamt (UBA) einen Rüffel vom bundeslandwirtschaftlichen Staatssekretär Robert Kloos einfing, weil es im Wesentlichen nur auf deren konsequente Einhaltung pocht. Der integrierte Pflanzenschutz sieht den Einsatz eines Pestizids als absolut letztes Mittel vor, wenn Fruchtfolgegestaltung, Sortenwahl, mechanische Maßnahmen, Befallsanalysen usw. wirkungslos geblieben sind – nicht als wirtschaftliches Managementinstrument. Glyphosat verlore bei konsequenter Anwendung dieser Prinzipien weitestgehend seine Daseinsberechtigung.

cs

■ Noch Neonix

In Frankreich wird in den gesetzgebenden Organen gerade darum gerungen, ob es nach wie vor bei einem totalen Verbot der bienengefährdenden Pestizidgruppe der Neonicotinoide bleibt. Mit der Begründung einer Gefährdung der Biodiversität galt in Frankreich nicht nur das EU-Moratorium für die entsprechenden Wirkstoffe sondern auch ein gesetzliches Verbot. Nun geht es um eine Verlängerung, für die sich eine Vielzahl der parlamentarier in der Nationalversammlung einsetzt. Kritisiert wird das von den landwirtschaftlichen Interessenvertretern. Auch in Deutschland taucht immer wieder die Forderung auf, mindestens das Einfuhrverbot von mit Neonicotinoiden gebeiztem Saatgut wieder zu lockern. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt hat bislang betont an dieser verschärften Umsetzung des EU-Moratoriums festzuhalten. Wie er sich verhalten wird, wenn die EU möglicherweise im nächsten Jahr zu einer anderen Beurteilung der Neonicotinoide – auch aufgrund des Lobbydruckes der chemischen Industrie – kommt und sie wieder eingesetzt werden dürfen, sei dahin gestellt. cs



Bäuerlicher Widerstand gegen Verlust von Ackerland

Besuch des französischen Widerstandsprojektes Notre-Dame-des-Landes gegen Flughafenbau

Viel passierte in den Dezemberwochen 2015 während des UN-Klimagipfels in Paris: öffentlichkeitswirksame Aktionen und Proteste gegen die rigide und von der breiten Öffentlichkeit nicht gewollte Klimapolitik, Diskussionen im extra eingerichteten Raum für die Zivilgesellschaft, Gespräche mit Politiker/innen und vieles mehr. Wir waren als Teilnehmerinnen der Delegation von La Via Campesina für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) mit dabei und besuchten u. a. das Widerstandsprojekt in Notre-Dame-des-Landes (NDDL) in der Nähe von Nantes im Norden Frankreichs. Daran lässt sich beispielhaft die weltweite und nationale Problematik des schwindenden Ackerlandes erkennen. Eine Delegation von etwa 40 Campesinas und Campesinos (Bauern und Bäuerinnen) hatte die Gelegenheit, die Kraft des Widerstands für Bauernland einen Nachmittag lang mitzuerleben. Vor allem aber bedeutete dieser Besuch für die dort lebenden Menschen Unterstützung durch die Solidarität und den Austausch von gemeinsamen Landnahme-Erfahrungen auf den verschiedenen Kontinenten, für die symbolisch Fahnen der jeweiligen Organisationen übergeben wurden. „Auch wenn die Realität in der Landwirtschaft, im ökonomischen und politischen Kontext, auf den Kontinenten sehr verschieden ist – die Kämpfe, die für die Verteidigung des nährenden Landes, für die Ernährungssouveränität, die Freiheiten und die soziale Gerechtigkeit geführt werden, knüpfen aneinander an und wiederholen und verstärken sich gegenseitig.“ Diese

Worte stammen von Mika Lice, einem französischen Bauern, der seit mehreren Jahren in Notre-Dame-des-Landes lebt und Landwirtschaft betreibt.

ZAD – Zone à défendre

Die Besonderheit dieses Ortes ist, dass sich hier über 40 Jahre hinweg das längste Widerstandsprojekt Frankreichs entwickelt hat, welches seit dem verschärften Vorgehen gegen die Bewohner und Aktivisten 2012 sehr stark von der zivilen Öffentlichkeit wahrgenommen und unterstützt wird. Hier widersetzen sich Bauern, Aktivisten, Anwohner, Hausbesetzer und viele andere dem Bau eines riesigen Flughafens, dem Aéroport du Grand Ouest, welcher nach Willen der Flughafengesellschaft VINCI und der lokalen Regierung ca. 1.650 Hektar fruchtbaren Ackerlandes verschlingen soll. Viele der Bauern und Besitzer dieses Landes haben bereits verkauft, aber vier schon seit Generationen dort lebende Familien begannen sich dem Flughafenbau zu widersetzen. Sie blieben nicht allein: Viele schlossen sich diesem Widerstand dauerhaft oder zeitweise aktiv an und leben nun in der so genannten ZAD (Zone à défendre), was so viel bedeutet wie „Zone, die geschützt und verteidigt werden muss“.

Vereinnahmung von Ackerland

Doch dieser Kampf stellt nicht nur den Widerstand gegen ein einzelnes Projekt dar. Er vereint viele Geschichten und Gesichter auf allen Kontinenten: Ein südamerikanischer Bauer sagte während des Besuchs: „Dieses Projekt ist ein Beispiel, welches für Ernährungs-



Fahnen aus aller Welt für Solidarität und gemeinsamen bäuerlichen Widerstand Foto: Emden

und für territoriale Souveränität steht und uns weiter bringt als Agrobusiness, Neoliberalismus und Freihandelsabkommen, denn es kann die Menschen wieder mit und in ihrer Region verwurzeln.“ Eindrucksvoll hat sich an diesem Tag in den Erzählungen der Aktivisten der ZAD und der Delegierten von La Via Campesina gezeigt, wie ähnlich sich die Proteste, der Widerstand und der Kampf für den Zugang zu und die Sicherung von Land sind. Weltweit sind je nach Expertenmeinung zwischen zehn und 30 Prozent des Ackerlandes von Landgrabbing betroffen und das Gut Boden steht seit 2007/08 auch im besonderen Interesse nationaler und internationaler Investoren, wie im Bodenatlas von 2015 zu lesen ist. Auch in Deutschland werden im Zuge des „Strukturwandels“ Pacht- und Kaufpreise für landwirtschaftlich genutzten Boden durch verschiedene Fak-

toren wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die EU-Agrarsubventionen, die Vergabepolitik der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) und die Versiegelung von fruchtbarem Ackerland für Industrie- und Wohnraum zunehmend in die Höhe getrieben.

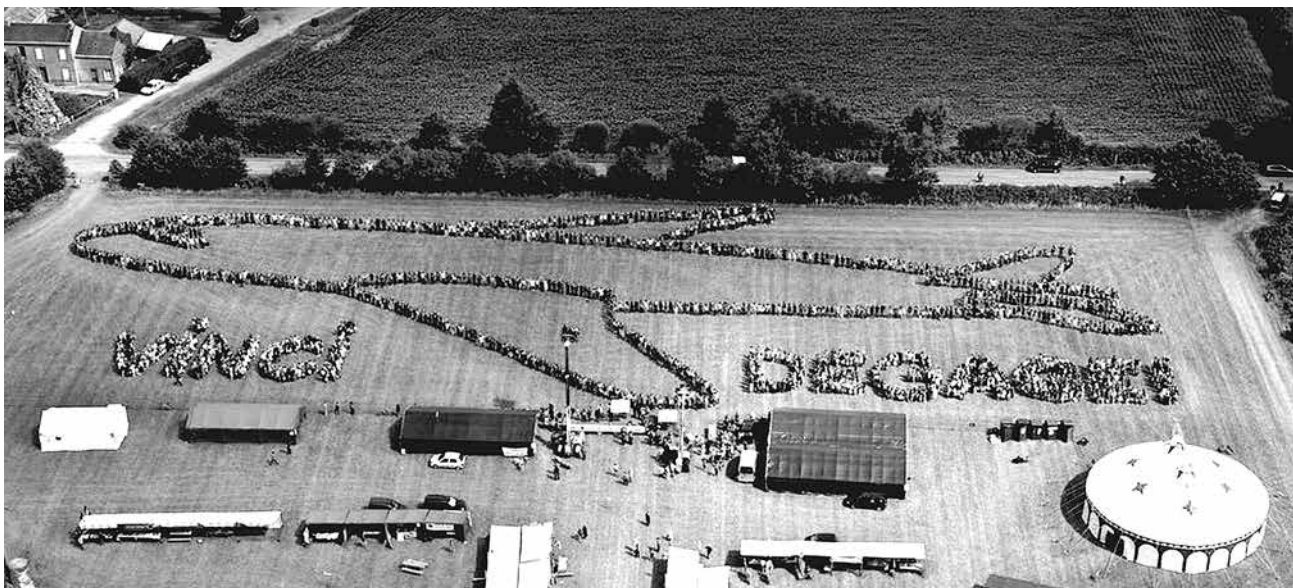
Der äußere Druck nimmt zu

Während der äußere Druck auf NDDL im Dezember kurzfristig nachließ, weil eine Entscheidung zur Zwangsenteignung vertagt worden war – was wahrscheinlich mit der Klimakonferenz und den in Frankreich zu dieser Zeit stattfindenden Regionalwahlen in Verbindung gebracht werden kann – sehen sich die Bewohner seit Januar wieder mit verstärktem politischem Druck konfrontiert. Das Landgericht von Nantes hat am 25. Januar den Zwangsäumungsbescheid der Bauern und Einwohner von NDDL bestätigt. Davon ausgehend riefen und rufen die Bewohner der ZAD, die Confédération Paysanne und andere Unterstützerguppen in diesen Wochen vermehrt zu Aktionen auf. Wir verfolgen gespannt, wie es weitergehen wird in Notre-Dame-des-Landes, denn der Widerstand dort steht für zahlreiche weitere Kämpfe gegen soziale und ökologische Zerstörung und den Aufruf für Agrarreformen überall auf der Welt.

Anne Emden, Romy Horn, junge AbL

Weiterlesen:

AbL-Positionen zu Bodenrecht und -politik von 2014 auf www.abl-ev.de



Aktiver, kreativer Protest gegen den Flughafenbau im französischen Notre-Dame-des-Landes

Foto: NDDL

Bio ernährt die Welt

Aber nicht um jeden Preis

Diskussionen um den Einsatz von neuen gentechnischen Verfahren in der Züchtung lassen die Wellen in der Bioszene hochschlagen. Es war ein Interview in der TAZ, in den sich Urs Niggli dazu bekennt, dass die neuen gentechnischen Verfahren auch in der ökologischen Züchtung denkbar wären. Speziell in der Methode CRISPER/CAS sieht der Professor viele Chancen und Möglichkeiten auch für den Ökolandbau schneller zu resistenten leistungsstarken Sorten zu kommen. Die besondere Brisanz: Niggli ist ein führender Kopf der Ökolandbauforschung. Er ist seit 2001 Vorstand des Forschungsinstituts für ökologischen Landbau (FiBL) in Deutschland. Schon seit längerem fordert er eine Steigerung der Erträge und orientiert sich dabei an denen der konventionellen Landwirtschaft. Er selbst scheint bereit zu sein, dafür durchaus Abstriche bei vielen Grundwerten des Ökolandbaus zu machen. Die Diskussion schwelt schon seit längerer Zeit und war auch immer wieder Gegenstand der Berichterstattung in der Unabhängigen Bauernstimme. Das jetzige Interview in der TAZ mit prominentem Titelbild hat Öffentlichkeit geschaffen, hat die Verbände gezwungen, schnell und öffentlich Position zu beziehen. Bioland stellt klar: „Leben ist nicht programmierbar –

Gentechnikverfahren CRISPR-Cas ist absolutes No-Go für die Biolandwirtschaft.“ Im weiteren Text lehnt der Anbauverband generell alle Verfahren der Genmanipulation entschieden ab. „Das Verfahren ist eindeutig als Gentechnik einzustufen und gemäß dem Vorsorgeprinzip auch als solche zu kennzeichnen und zu behandeln. Nur mit konsequenter Risikoprüfung und Kennzeichnung kann echte Wahlfreiheit für Verbraucher und Landwirte gesichert werden“, so Bioland-Präsident Jan Plagge. Auch viele andere Verbände, darunter auch Naturland und Demeter, haben ihre Ablehnung gegenüber den neuen Züchtungsmethoden geäußert. Eine gemeinsame Forderung hatten sie schon im März Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt überbracht. Gemeinsam mit 67.000 UnterzeichnerInnen des Aufrufs forderten sie die Einordnung der neuen biotechnologischen Verfahren als Gentechnik.

In Bezug auf den Einsatz gentechnischer Verfahren und mit ihnen hergestellter Tiere und Pflanzen hat sich die Branche jetzt klar positioniert. Dennoch könnte bei dem einen oder anderen ein ungutes Gefühl zurückbleiben. Für viele Biokunden jedenfalls musste diese Diskussion verstörend sein. Gehen sie doch davon aus: Bio ist gentechnikfrei. *mm*

Heißer Weidegang

Prärie grasfeuer haben in den US-Bundesstaaten Kansas, Oklahoma und Nebraska schwere Schäden angerichtet. Die ersten Brände brachen bereits Ende März im Norden von Oklahoma aus und griffen binnen Stunden auf Grasland in Kansas über. Viele Rancher in dieser Region halten ihre Rinder auf ausgedehnten Weiden. Bislang gibt es keine verlässlichen Informationen darüber, wie viele Tiere in den Flammen umkamen, aber die Farmer berichten von Tieren mit Brandverletzungen an den Hufen und Verbrennungen am Euter. Windabwärts wurden Herden völlig von dichten Rauchschwaden eingehüllt und die Tiere leiden an Atembeschwerden und haben tränende Augen. Selbst etwa 1.000 km östlich in Kentucky war der Rauch noch deutlich wahrnehmbar. Durch Windgeschwindigkeiten bis zu 100 km/h breiteten sich die Brände sehr schnell aus, es wurden hunderte Quadratkilometer Grasland und zahlreiche Gebäude vernichtet. Der Sachschaden allein in Oklahoma wird derzeit auf 2,3 Millionen US-Dollar (etwas über 2 Millionen Euro) geschätzt. Farmer aus anderen Teilen der USA spenden Heu und Material für neue Weidezäune. Die Feuerwehreinheiten hoffen auf eine länger andauernde Regenperiode, denn bis Mitte April entflammten an immer neuen Stellen Schwelbrände. *ml*

GB: Tuberkulose (TB) bei Milchvieh

2015 mussten in Großbritannien 28.000 Rinder geschlachtet werden, nachdem bei ihnen TB-Erreger festgestellt worden waren. In 3.950 Herden, die bisher frei von TB waren, wurden im letzten Jahr infizierte Tiere diagnostiziert. Die stellvertretende Präsidentin des Bauernverbandes NFU, Minette Batters, sagte, die Zahlen machten klar, dass die Pläne der Regierung, TB in Großbritannien auszurotten, schnell und in vollem Umfang umgesetzt werden müssten. Das Landwirtschaftsministerium geht davon aus, dass TB von Wildtieren, insbesondere Dachsen, übertragen wird. In einer Reihe von Testgebieten werden daher Dachse getötet. Die Dachspopulation in den betreffenden Gebieten muss jedoch über mehrere Jahre kontrolliert werden, bis sich gesicherte Aussagen darüber machen lassen, ob dadurch die Zahl der TB-Infektionen bei Kühen tatsächlich sinkt. *ml*

Nutzungsdauer vor Extremmilchleistung

Auf ihrer Jahrestagung im niedersächsischen Göttingen forderte die Agrar- und Veterinär-Akademie (AVA) eine Neubewertung der Zuchtziele in der Milchviehzüchtung. Es bestehe kein Zweifel daran, dass die erfolgte Steigerung der Milchleistung mit leistungsbedingten Erkrankungen bei mehr als der Hälfte der Kühe in der Laktation einhergehe und daraus frühe Abgänge folgten. Die derzeitige Nutzungsdauer von weniger als drei Laktationen liege zudem unter der ökonomisch optimalen Periode von sechs bis sieben Jahren, heißt es in der Erklärung, die die Tierärzte und Bauern und Bäuerinnen am Ende der Tagung abgeben haben. Problem sei, dass eine höhere Milchleistung zwingend eine entsprechend höhere Futtermittelaufnahme erfordere. Gelingt das nicht, verlängere sich die negative Energiebilanz der Milchkühe nach dem Abkalben und Stoffwechselstörungen und Folgeerkrankungen träten auf. Eine überhastete Jagd nach der maximalen Milchleistung müsse der Vergangenheit angehören. Eine stabile Milchleistung auf größtmöglichem Tiergesundheitsniveau führe zu Lebenseffektivität, so die AVA-Mitglieder. Es bestehe dringender Handlungsbedarf bei der Zuchtzielformulierung in der EU. *cs*



Standhafte Bio-Vertreter

Foto: Sturm/pixelio

Nordost-AbL in Blüte

Bauern- und Imkertag in Werder

Verbraucher wollen es wissen

Umfragen zur Kennzeichnung von tierischen Produkten bei Verbrauchern offenbaren immer wieder, dass eine große Mehrheit der Verbraucher und Verbraucherinnen wissen wollen, wie die Tiere gehalten wurden, deren Produkte in unseren Lebensmitteln landen. Über 80% der Befragten gaben in einer Emnid-Umfrage an, über die Haltungsbedingungen der Hühner informiert werden zu wollen, die die von ihnen konsumierten Eier legen. Und zwar nicht nur bei Schaleneiern, bei denen das EU-Verbot der Batteriehaltung dazu geführt hat, dass fast nur noch Eier aus tiergerechten Haltungssystemen in den Supermärkten liegen. Sondern auch wenn es um die Verarbeitungsindustrie geht, zumal dort gerade der Import von Käfigeiern von außerhalb der EU steigt. In einer BUND-Umfrage gaben über 70% der Befragten an, wissen zu wollen, wie die Tiere gehalten wurden, deren Fleisch sie konsumieren. *cs*

DBV soll Milchmenge regulieren helfen

Zur Zeit läuft eine Online Petition, die von der Spitze des Deutschen Bauernverbands (DBV) fordert, in der politischen Interessenvertretung einen neuen Kurs einzuschlagen und eine Milchmengenreduzierung in Krisenzeiten zu unterstützen. Unterzeichnet wurde sie bisher von knapp 500 Bäuerinnen und Bauern und läuft noch weitere zwei Monate. Das Besondere: Der Aufruf geht aus von Regionalvertretern eben jenes Verbandes. Gestellt hat die Petition namentlich Frank Bruns, Bauer und Zweigvereinsvorsitzender im Kreisverband Aurich des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Ostfriesland (LHV): „Wir können als einzelne Betriebe keinen Einfluss auf Marktverwerfungen nehmen. Auch unsere Molkereien können das nicht. Wir brauchen politische Rahmenbedingungen, um in Krisenzeiten Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Beeinflussung unseres Berufsverbandes sollte ein erster Schritt sein, um in die politische Meinungsbildung einzugreifen.“ Vorausgegangen waren der Initiative offene, atmosphärisch gute Gespräche auf Lokalebene zwischen Bäuerinnen und Bauern des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter (BDM) und des LHV. Petition zu finden unter www.openpetition.de *cw*

SPD bei CETA uneinig

In der SPD rumort es immer mehr hinsichtlich der Frage, wie mit CETA, dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, weiter verfahren werden soll. Da ist die bekannteste Kritikerin, die EU-Abgeordnete (und AbL-Mitglied) Maria Noichl, die auf Veranstaltungen wie dem Unterbezirksparteitag im bayerischen Puchheim von der Parteibasis eher Zustimmung als Ablehnung für ihre leidenschaftliche Haltung, ihre Befürchtungen hinsichtlich des Abbaus von Umwelt- und Arbeitnehmerstandards und ihre Kritik an einer sich weiter in Richtung Ausbeutung verschärfenden Handelspolitik erhält. Nun melden sich allerdings auch SPD-Politiker zu Wort, denen besonders der Erhalt demokratischer Abläufe im Ratifizierungsprozess ein Anliegen ist. Speziell geht es um die zustimmende Haltung von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gegenüber der Frage, ob zumindest Teile von CETA auch ohne Votum des Bundestages in Kraft treten könnten. Gedeckt durch den Vertrag von Lissabon bedürfen alle Passagen, die nicht stark in nationale Belange eingreifen, auch nicht der Zustimmung nationaler Parlamente. Allerdings warnte nun der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch laut Süddeutscher Zeitung vor einer Aufteilung, wie sie in dem Zusammenhang der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange vorgeschlagen hatte. Er könne nur empfehlen, so Miersch, dieses Abkommen nicht ohne Beteiligung der nationalen Parlamente in Kraft treten zu lassen. „Wir erleben derzeit eine der tiefsten Sinnkrisen der EU, da darf es nicht sein, dass solch ein weitreichendes Abkommen einfach durchgedrückt wird. Das würde kein Vertrauen schaffen, sondern mehr Misstrauen, als es in Europa ohnehin gibt.“ *cs*

Am Sonntag, dem 3. April, lud die AbL Brandenburg nach Werder ein – nein, nicht zum romantischen Spaziergang während der Kirschblüte, für die die Gegend legendär ist und sogar besungen wurde – leider gibt es nur noch einen Bruchteil der früher weit verbreiteten Kirschplantagen – sondern zum vierten Bauern- und Imkertag. Nach der Begrüßung durch AbL-Landes- und Bundesvorstandsmitglied Helmut Precht und seinen Imkerkollegen Günther Jesse zeigte Georg Janßen gewohnt eindringlich die Notwendigkeit einer bäuerlichen Interessenvertretung auf. Danach sprach Irene Kirchner vom Landwirtschaftsministerium Brandenburg zum Thema: „Imker und Bauern – wie kann die Zusammenarbeit verbessert werden?“, was zum Teil zu recht lebhaften Diskussionen führte. Michael Wimmer von der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg und Jochen Fritz (AbL und Meine Landwirtschaft) informierten über den Stand des Volksbegehrens zur Massentierhaltung in Brandenburg. Nach einem leckeren Essen in lauer Frühlingsluft (die

Kirschblüte lockte ...) diskutierten Ulrich Ketelhodt, Landwirtschaftsreferent der Nordkirche, und Reiko Wöllert von der AbL Mitteldeutschland über die Pachtvergabepraxis der evangelischen Kirchen in Deutschland. In der Nordkirche (und ebenso in allen anderen Landeskirchen außer der EKM in Mitteldeutschland) obliegt die Vergabe der Pachtflächen der Kirchgemeinde, was den Vorteil hat, dass sich Pächter und Verpächter meist persönlich kennen. Nachteilig ist aber, dass es gerade im Osten schwer für die einzelnen Gemeinderäte ist, sich gegenüber den Großagariern zu behaupten und nicht erpressbar zu sein – etwa über die alljährliche Spende zum Gemeindefest o. ä. Deshalb hat die Evangelische Kirche Mitteldeutschland (EKM) schon seit längerem ein zentrales Pachtverfahren mit einheitlichen Kriterien installiert, um genau diesem Problem zu begegnen. Diese Kriterien gehen der AbL nicht weit genug und so hat sie einen eigenen Vorschlag erarbeitet, der diskutiert wurde.

AbL Mitteldeutschland



Bäuerlicher Austausch in Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Dalchow

Opt-out-Kompromiss

Es kommt Bewegung in die Frage, wie die EU-Opt-out-Richtlinie – die Möglichkeit, Gentechnik-Anbauverbote zu erlassen – in nationales Gentechnikrecht umgesetzt wird. Der größte Streitpunkt ist, ob der Bund bundeseinheitliche Verbote erlässt oder die Bundesländer für ihr Hoheitsgebiet. Mit letzterem wäre ein Flickenteppich vorprogrammiert. Auf der gerade zu Ende gegangenen Agrarministerkonferenz (AMK) haben die Ressortchefs beschlossen, den im Vorfeld ausgehandelten Kompromiss zu unterstützen. Darin heißt es, im Eckpunktepapier werde das gemeinsame Verständnis für einen einheitlichen und widerspruchsfreien Vollzug der Opt-out-Richtlinie 412/2015 gemeinsam mit dem Bund auf der Grundlage eines Bundesgesetzes zum Ausdruck gebracht. Der Bund wird gebeten, die Richtlinie zeitnah in der laufenden Legislaturperiode umzusetzen. Zudem sei es das gemeinsame Ziel von Bund und Ländern, „bundeseinheitliche Opt-out-Maßnahmen betreffend den Anbau von GVO in Phase 1 und Phase 2 zu realisieren“. Die AbL hatte im Vorfeld in einer Stellungnahme an die Minister begrüßt, dass die Umsetzung möglicher Anbauverbote in Deutschland wieder auf die Tagesordnung kommt. Sie forderte die AMK auf, den Kompromissvorschlag an entscheidenden Punkten zu verbessern und an der begründeten Forderung des Bundesratsgesetzentwurfs – bundesweite vom Bund erteilte Verbote – festzuhalten. Entscheidend werden die Formulierungen im Gesetzestext sein. Auch die SPD hat angekündigt, dass Vorbehalte im Gesetzgebungsverfahren noch ausgeräumt werden könnten. *av*

Betriebsspiegel:

Standort: Schleswig-Holstein, momentan 20 Völker
Zandermaß (2/3) in Holzbeuten
im Nebenerwerb
keine eigenen Flächen
Hofsuche bundesweit zur Kooperation - Konzeptentwurf für bienenunterstützten Ökoanbau vorhanden
Kontakt: Imkerhof@yahoo.de / 0176 - 96 99 24 66 (Mbox)

Die meisten Imker sind Hobbyimker. Das bedeutet aber nicht nur, dass sie ihre Imkerei aus eigener Tasche mit wenig Einnahmen finanzieren. Gratis und praktisch nebenbei gibt es die Bestäubungsleistung der Bienen dazu. Diese Gratisleistung wird bisher größtenteils und wenn überhaupt nur durch den Verkauf von Bienenprodukten wertgeschätzt. Es bräuchte hier eine Zusammenarbeit von Imkern und Landwirten. Mit bestimmten Blühkulturen kommt ein Mehrertrag durch Bienen zustande und kann z. B. über eine Bestäubungsprämie honoriert

werden. Sie kann bewirken, dass es in der Landwirtschaft durchschnittlich zu 30 % höheren Erträgen kommt. Diese bessere Ernte gibt es auf Grund der reicheren Ausbildung von Früchten und Samen durch die Fremdbestäubung. Das bedeutet, dass ihr Wert den des Honigertrages um das 10- bis 15-fache übersteigt. Rund 80 % der einheimischen Blütenpflanzen können von Honigbienen bestäubt werden. Außer im Obstanbau sind folgende Kulturen von einer Bestäubung abhängig oder würden unterstützt werden: Ölfrüchte (Raps, Sonnenblumen, Lein, Leindotter, Senf, Mohn), Fenchel-, Karotten-, Zwiebel-, Kürbisanbau im Freiland, auch einige Bohnenarten. Das Knöterichgewächs Buchweizen ist ebenfalls von einer Fremdbestäubung abhängig. Und natürlich alles, was in die Saatgutmischung für Blühstreifen gehört: z. B. Kornblume, Malve, Phacelia, einheimische Wildblumen sowie

Gründungs- bzw. Futterpflanzen wie alle Kleearten und Luzerne. Außerdem wird in Vermehrungskulturen das Saatgut durch Bienen zusätzlich in der Qualität (Keimfähigkeit) verbessert. Mit einer Bienenhaltung auf eigenen Flächen gibt es sowohl im Gemüsebau (Wespeneffekt) als auch im Futterbau für Wiederkäuer (Kreuzhefen auf Futterpflanzen) vorteilhafte Auswirkungen. Ich als Imker kann allerdings nur dann davon ausgehen, dass meine Bienen nicht von Pestiziden geschädigt werden, wenn sie auf Ökolandbau- oder brachliegende Flächen fliegen. Jedoch ist z. B. ein benachbartes Rapsfeld oft attraktiver, vor allem hier im Norden. Und das ist in den meisten Fällen pestizidbehandelt, weil es kaum Ökorapsanbau gibt. Die Rapsbauern werden mit einem höheren Ertrag dafür „belohnt“, dass sie keine Rücksicht auf Bestäuber nehmen. Und wir Imker müssen damit rechnen, dass diese Pestizide auch im Honig landen.

Der Markt will immer bestimmen, was der Landwirt anbauen soll, nämlich nur das, was er auch verkaufen kann. Deshalb baut er nur Marktfrüchte an. Weil aber Pestizide auch Bestäuber vernichten, werden deshalb bestäuberabhängige Früchte nicht mehr angebaut. Andere Kulturfrüchte kommen aus anderen Ländern auf den Markt, wie im Falle des Buchweizens, der vorwiegend aus China importiert wird. Ähnlich ist es bei der Saatgutvermehrung. Viele Kleearten könnten auf unseren Feldern für den hiesigen Anbau mit Hilfe einer bienenunterstützten Landwirtschaft produziert werden – regional. Stattdessen wird ihr Saatgut ebenfalls importiert. Seien wir also realistisch: Tun wir das Offensichtliche, werden wir „Bienenlandwirte“: Jemand, der Blühkulturen anbaut und sie zusätzlich von Honigbienen bestäuben lässt. Einer, der diese Kulturen so in der Fruchtfolge anordnet, dass der Ertrag einiger Kulturen von Bestäubern unterstützt werden kann. Der Markt fördert keine Bienen, außer sie liefern Honig zum Verkaufen. Die Bilder von den fehlenden Früchten in den Regalen sind zwar anschaulich, aber sie drücken nicht den Istzustand aus, von wem die Früchte kommen: vom Obstbauer in Zusammenarbeit mit Imkern. Wir müssen auf dem Markt mit der Forderung nach unserem Anteil an der Frucht präsent sein. Bestäubungsimker gibt es bisher kaum, die eine Bestäubungsprämie bekommen. Mit Bienenlandwirten wäre das alles realisierbar: Kooperation, Honorierung, Naturschutz.

*Oliver Sorge,
Kattendorf*

Vom Wert der Bienen

Ungelogen – seit Jahren habe ich regelmäßig an diesen Tag gedacht. Wann wird er kommen? Kommt er überhaupt? Und wenn ja, wie wird er verlaufen? Dann sah ich sie zum ersten Mal. Unauffällig, unaufgeregt, gedruckt auf tief beigem, fast ins Pink gehendem Papier, hing sie am schwarzen Brett unseres Hofes: die Einladung unseres Kreisbauernverbandes zum jährlichen Bauerntag. Da war sie, meine Möglichkeit, endlich an einer Versammlung des Bauernverbandes teilzunehmen.

Einige Wochen später war es dann so weit. Ausgerüstet mit einem Stapel „Bauernstimme“ und einem Aufkleber „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ an der Heckscheibe von Mutters Fiat Punto machte ich mich – eindeutig zuordenbar und zugegebenermaßen etwas aufgeregt – auf den Weg zum Versammlungsort. Die Bauernstimmen platzierte ich direkt neben dem Eingang. Eine behielt ich, um sie bis zum Beginn der Veranstaltung werbewirksam zu lesen. Nun, ich wollte deutlich machen, wo ich hingehöre. Mehr noch: Klar und deutlich meine Ansichten zu vertreten – das hatte ich mir fest vorgenommen.

Dann startete die Versammlung. Zu Beginn stellten drei Kollegen ihre Betriebe vor. Allesamt waren sie vielseitig aufgestellt, kleinstrukturiert und lebten im Prinzip von Direktvermarktung. Die zahlreichen Kulturen machten ihre Betriebe arbeitsintensiv, viele Hektare hatte keiner. Umso erstaunlicher erschienen mir die Forderungen, die ich in einem vielfach ausliegenden Flyer



Mein erstes Mal – Bauerntag

des Landesbauernverbandes zur anstehenden Landtagswahl lesen konnte. Dort stand: Nichts soll sich ändern! Alles Geld muss in die erste Säule, jede Form von Auflagen gilt es abzuschaffen. Dass diese Forderungen genau die Betriebe, die sich eben hier vorgestellt hatten, stark benachteiligen, schien keinen der Anwesenden zu stören.

Es folgte eine Podiumsdiskussion mit den Direktkandidaten unseres Wahlkreises für die Landtagswahl. Erstaunt stellte ich fest, dass nicht die Inhalte der Parteivertreter für die Intensität des Applauses wichtig waren, sondern einzig deren Parteizugehörigkeit. Als die Vertreterin der FDP sich als Retterin der Bauern präsentierte und Änderungen des Kartellrechtes forderte, um die Bauern gegenüber der

Industrie am Markt zu stärken, wurde ich wütend. Mein sehr vehement vorgebragtes Statement, dass ich es für zynisch halte, erst die Milchquote abzuschaffen und sich dann als Retterin darzustellen, wurde mit der Bemerkung abgetan, dass sie sich so genau dann doch nicht auskenne. Den Obmann unseres Kreisbauernverbandes fragte ich: „Warum stellen wir in unserem Flyer zur Landtagswahl nicht die Forderung auf, dass man die ersten 46 Hektar stärker fördern müsse?“ Und: „Warum spielt die Bindung der Direktzahlungen an den Arbeitskräftebesatz in dem Flyer keine Rolle, obwohl die hier anwesenden Bauern aufgrund ihrer Betriebsstruktur von der Umsetzung solcher Konzepte stark profitieren würden?“ Für diese Position gäbe es im

Landesverband keine Mehrheit, war die knappe Antwort. Nach Abhandlung einiger Formalitäten endete der Bauerntag. Zurück bleibt bei mir die Erkenntnis, dass es gut wäre, wenn mehr Bäuerinnen und Bauern kritischer und selbstbewusster denken und handeln würden. Und dann denke ich: Gut, dass es die AbL gibt!

*Phillip Brändle,
Stuttgart-Möhringen*

ps: Von den Bauernstimmen neben dem Eingang war nach der Versammlung so gut wie kein Exemplar mehr übrig.

Betriebsspiegel Reyerhof:

40 ha, davon 20 ha Grünland
Getreide, Kartoffeln, Körnerleguminosen, Feldgemüse, Obst
10 Milchkühe, Milchverarbeitung
Hofladen
Solidarische Landwirtschaft
und vieles mehr



Mit Weibern weiter

Krisen und Perspektiven in der Bauernstimme

Jubiläumskäse

Wenn Heike Schäfer Jacobi sich nicht als Gastgeberin um die Feierlichkeiten des Bauernstimmenjubiläums kümmert, ist sie neben manch anderem eine passionierte Käserin in ihrer eigenen Hofkäserei. Anlässlich der Feierlichkeiten zu 40 Jahren Bauernstimme produziert sie nun und nur für kurze Zeit einen Bauernstimmen-Jubiläumskäse. Dieser soll Werbeträger werden, und von vielen Jahren erfolgreichem politischen Engagement für eine bäuerliche Landwirtschaft von AbL und Bauernstimme künden. Bäuerinnen und Bauern, die mitmachen und den Jubiläumskäse in ihrem Hofladen verkaufen möchten, können ihn bei Heike Schäfer-Jacobi bestellen. vt www.biohof-jacobi.de. Bestellungen und Informationen unter: hofladen-jacobi@freenet.de

Ist es richtig, in Zeiten schwerster Krisen auf den Agrarmärkten, Existenzsorgen auf den Höfen, einem Strukturbruch auf dem Land in der Unabhängigen Bauernstimme Bio-Hofmolkereien, Heumilch-Initiativen und Solidarische Landwirtschaftshöfe vorzustellen? Die Frage steht angesichts der derzeitigen Situation in der Landwirtschaft (wieder) im Raum, im Redaktionsbüro. Sie ist richtig und falsch zugleich, denn erstens hat sich die Bauernstimme in ihrer Geschichte nie auf das nur vermeintlich euphorisierte, realitätsferne Hochschreiben irgendwelcher Nischen für wenige beschränkt und zweitens ging und geht es in der Bauernstimme immer darum, Auswege, Perspektiven, Handlungsoptionen aufzuzeigen. Die Zeitung heißt nicht „Unabhängige Apokalypse“. Sie will den Bauern und Bäuerinnen eine Stimme geben – um Kritik zu üben, aber auch, um positiv nach vorne zu gucken. „Der Weg des politischen Widerstandes muss weiter verfolgt werden, aber das reicht nicht mehr aus! Wir müssen neben dem Reden auch die Tat praktizieren. Wir müssen Formen der Selbsthilfe aufbauen, um praktisch zu zeigen, was wir wollen. Wir müssen Beispiele schaffen“, so stand es 1982 in der Bauernstimme. 27 Jahre später

kommentiert der belgische Milchbauer Erwin Schöpges in der Zeitung: „Die Bauern müssen bereit sein, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Wenn wir uns in Zukunft darauf verlassen, dass andere unsere Probleme regeln, dürfen wir uns nicht beklagen. (...) Und warum erkennen noch zu wenig Bäuerinnen und Bauern, dass man sich weder auf Verbandsfunktionäre noch auf Politiker verlassen kann und das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen muss?“ Warum? Hat das System seinen Tribut gefordert und die Menschen auf dem Land verändert? „Mit steigender Technisierung nimmt die körperliche Anstrengung ab. Aber die nervliche Belastung und der Druck auf die Familie wachsen ständig. (...) Der Bauer gerät aufgrund seiner Arbeits- und Lebensbedingungen immer mehr ins soziale Abseits.“ Das stand schon 1979 in der Bauernstimme. Da waren die Bauern und Bäuerinnen noch Dreh- und Angelpunkte in den Dörfern, aber die Zukunftsaussichten nicht die besten. Die Worte von damals gleichen denen der Verantwortlichen von heute: „Die Exportoffensive der deutschen Ernährungswirtschaft ist auf eine Gegenoffensive der Konkurrenten getroffen. (...) Denn das Erobern von Märkten war und ist eine kost-

spielige Sache, riesige Kapazitäten wurden hierfür von der Ernährungsindustrie aufgebaut. Den Bauern hat man dann stets gesagt, sie sollten bei den Erzeugerpreisen stillhalten, das würde sich später mit Zinsseszins auszahlen.“

Wohin?

Damals sagte der Zeitung eine Bäuerin: „Wenn's Weiber gibt, kann's weiter gehen, wenn's keine gibt, ist's aus.“ Das wurde zu einer Überschrift der Situationsbeschreibung: „Der Strukturwandel hat sich auch auf die Situation der Landfrau ausgewirkt. In dem Maße, wie die kleinen zu immer größeren Betrieben werden, konzentriert sich die Arbeit der Bäuerin auf den Haushalt. (...) Mechanisierung und Rationalisierung verdrängen die Frauen aus dem Außenbereich. Damit ging ein Teil ihrer oft gut geachteten Stellung verloren. Viele Jungbauern sind stolz darauf, sagen zu können: ‚Meine Frau braucht nicht mitzuarbeiten.‘ Aber welche Existenz ist uns damit geboten? Die Frau wird zu einem Vorzeigepüppchen und leidet unter den gleichen Problemen wie die Stadtfrauen. Sie ist isoliert und unausgelastet.“ Das Schmunzeln über ein 40 Jahre altes Selbstverständnis bleibt im Halse stecken, weil man weiß, wie die Geschichte weitergegangen ist. 2009 schreibt Milchbäuerin Lucia Egner: „Eigentlich bin ich wie fast alle Bäuerinnen am liebsten zu Hause, bei meiner Arbeit. Nun aber kann ich meinen Mund nicht mehr halten. Wir sind in Gefahr, dass alles kaputt gemacht wird, was wir die letzten Jahrzehnte mit viel Mühe aufgebaut haben. (...) Das ist eben der freie Markt, dem wir uns stellen müssen, heißt es von Seiten des Bauernverbandes. Wenn man genauer schaut, merkt man, dass es auch auf dem freien Markt Regeln gibt, aber leider nicht zu unserem Vorteil. Für diese Regeln sind Industrie und machtvolle Konzerne verantwortlich.“ Schon vor sieben Jahren ging es um konzertierte Aktionen der Milchmengenbündelung und Rückführung durch die Hand der Bauern und Bäuerinnen – noch in Anwesenheit der Quote! Ohne Quote ist es nicht einfacher geworden, so etwas zu fordern und durchzusetzen. Gleichwohl ist es nötig, auch um die Verantwortung der Politik und der Industrie für den Strukturwandel deutlich zu machen. Seine Verhinderung ist nicht gewollt. Auswege und Perspektiven bieten am Ende oft individuelle Initiativen – manche stellt die Unabhängige Bauernstimme vor. cs



Ehemaliges Titelbild der unabhängigen Bauernstimme, aufgenommen 1993 auf dem Hof Ostendorff

Foto: Jacoby

Die Marktlage speziell für tierische Produkte ist verheerend, vor allem für im Überfluss erzeugte Milch und Schweinefleisch. Die Stimmung auf den Höfen reicht von düster abwartend über neue Ideen und Wege suchend bis zu Initiative ergreifend durch diversifizierende betriebliche Veränderungen. Politische Unterstützung schien kaum noch zu erwarten, doch die Länderagrarminister überraschten mit einer deutlichen Forderung nach Mengenregulierung im Milchmarkt. Molkereien klagen vielerorts über zu viel Milch, aktive Mengensteuerung ist bisher selten. Qualitätsprogramme eröffnen Marktalternativen und einen Mengeneffekt durch flächengebundene Tierhaltung. Für ausreichend Druck zu Veränderungen sind neue Mehrheiten unter den Bäuerinnen und Bauern gefordert. Deren Kraft zur Selbstorganisation ist krisenbedingt finanziell und gefühlsmäßig eingeschränkt, aber Wut, Solidarität, aussichtsreiche Ideen und gemeinsames Vorgehen mit der Gesellschaft können für belebenden Schwung sorgen.



Rohstoffmenge muss reduziert werden

Nach über einem Jahr fallender Milchpreise soll jetzt gegengesteuert werden

So vieles ist angesprochen worden im vergangenen Jahr. Seit die Milchquote auslief und der Preis sich kontinuierlich nach unten bewegte, da waren sie alle, die zuvor von freien Märkten und einer Liberalisierung schwärmten, nicht zögerlich, für die desaströse Preisentwicklung Russland und China als wegbrechende Abnehmer heranzuziehen. Der Deutsche Bauernverband (DBV) argumentierte mit den übermächtigen Strukturen des Handels. Den Molkereien bliebe bei einer derartigen Übermacht auf der Nachfrageseite keine Möglichkeit, faire Preise an ihre Lieferanten zu zahlen. Keine Erwähnung fand die Tatsache, dass auch die vom DBV immer wieder geforderte und geförderte

Konzentration im Molkereisektor genau diese Übermacht der Molkereien gegenüber den Milchbauern erzeugt hat. Nur wenigen Molkereien gelang es auskömmliche Preise zu zahlen. Und selbst diese kamen, wie das Beispiel der Berchtesgadener Molkerei zeigt, an ihre Grenzen. Nicht weil ihnen Absatzmärkte wegbrachen, sondern weil ihre Lieferanten, ihre Milchbauern, kein Maß bei der Milchmenge fanden. Wenn die Nachfrage für die hochpreisige Eigenmarke aber bedient ist, geht die Übermilch in ungünstigere Vermarktungsschienen, im Zweifelsfall wird sie auf dem Spotmarkt entsorgt. Was hart klingt, ist aktuell Realität. Wer Milch auf dem Spotmarkt anbietet, bekommt

weniger, als er seinen Lieferanten auszahlt.

Menge runter

„Das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage am Milchmarkt besteht fort. Nachfrageseitig sind kurzfristig keine Impulse zu erwarten. Es muss jetzt die Rohstoffmenge reduziert werden.“ So trocken klingt die Formulierung im Protokoll der Agrarminister. Gemeint sind diesmal nicht die in vielen Statements von Politikern und Vertretern der Milchindustrie und des DBV immer wieder beschworenen wachsenden Exportmärkte, die die Übermengen aufnehmen sollen. Diesmal meinen die Agrarminister die Produktionsmenge. Einen „großen Fortschritt“ sieht die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in dem Beschluss der Agrarministerkonferenz (AMK) der Bundesländer. Und auch der Bundesverband der Milchviehhalter (BDM) zeigt sich positiv überrascht: „Die Agrarministerkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern ging heute mit einem unerwartet deutlichen Schritt in Richtung Krisenlösung zu Ende.“

Schon während der Konferenz gab sich der Gastgeber, Till Backhaus (SPD), Landwirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern, zuversichtlich: „Es wird zu richtungsweisenden Beschlüssen der 16 Länder mit der Bundesregierung kommen“, erklärte er. In einem ersten

Schritt sollen sich die Marktpartner verständigen und eine „freiwillige Mengenplanung“ vornehmen. Hier wäre ein Modell ähnlich dem der Molkerei FrieslandCampina, die einen Bonus für die Beibehaltung bzw. die Reduktion der Milchmenge zahlte, denkbar. Flankiert werden die Beschlüsse der Agrarminister durch Vorarbeiten in Brüssel. Eine Woche zuvor hatte die Kommission eine Verordnung erlassen, die eine freiwillige Mengenplanung der Marktbeteiligten überhaupt erst ermöglicht. Fast gleichzeitig schwenkte dann auch Agrarkommissar Hogan, zumindest teilweise, ein. Im Januar 2016 sei die Milchmenge in der EU gegenüber der des Vorjahresmonats um 5,6 Prozent gestiegen. Produziert werden diese Übermengen vor allem in den Niederlanden, in Deutschland sowie in Irland. Bemerkenswert ist die Forderung Hogans, der ein großer Verfechter liberaler Märkte ist, nach einem Einfrieren der betrieblichen Produktionsmenge. In diesem Fall könnten die Länder ihren Milchviehbetrieben einen jährlichen Zuschuss von maximal 15.000 Euro zahlen. Offen ließ der Agrarkommissar jedoch, aus wessen Haushalt die Fördermittel kommen sollen. Dass die Agrarminister der Länder handeln wollen, machten sie auch in einem weiteren Beschluss deutlich: Sollten bis zur AMK im Herbst „keine spürbaren Fortschritte erreicht werden“,

Aus dem Beschluss der Agrarministerkonferenz

2. Das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage am Milchmarkt besteht fort. Nachfrageseitig sind kurzfristig keine Impulse zu erwarten. Es muss jetzt die Rohstoffmenge reduziert werden. Dazu sind die neuen Möglichkeiten aus den am 12.04.2016 veröffentlichten Verordnungen der EU-Kommission zur freiwilligen Mengenplanung von den Marktpartnern umgehend aufzunehmen und Schritte zu deren Umsetzung einzuleiten. Die Ministerinnen, Minister und Senatoren der Agrarressorts der Länder begrüßen in diesem Zusammenhang die Äußerungen der EU-Kommission zu befristeten Beihilferegulungen für das Einfrieren oder die Reduzierung der Produktion. Der Bund wird aufgefordert, die damit verbundenen Möglichkeiten aufzugreifen.

3. Sofern mit freiwilligen Maßnahmen zur Mengensteuerung bis zur nächsten Agrarministerkonferenz keine spürbaren Fortschritte erreicht werden, bitten sie das BMEL, auf EU-Ebene die faktischen und rechtlichen Möglichkeiten einer zeitlich befristeten entschädigungslosen Mengenbegrenzung (nach Art. 221 GMO) und die sich daraus ergebenden Sanktionsmöglichkeiten prüfen zu lassen und dann umzusetzen.



Im Schloss tagten die Agrarminister, während die Bauern auf dem Vorplatz für die Zukunft ihrer Höfe demonstrierten
Foto: Nürnberger

Fortsetzung von Seite 11

soll das Bundesministerium gebeten werden, auf „EU-Ebene die faktischen und rechtlichen Möglichkeiten einer zeitlich befristeten entschädigungslosen Mengenbegrenzung“ prüfen und umsetzen zu lassen.

Eile geboten

Auch wenn die Beschlüsse der Agrarminister durchaus Entschlossenheit erkennen lassen, dürften die aktuelle Situation und die Aussicht auf eine mögliche Entscheidung im Herbst für viele Milchviehbetriebe wenig tröstlich sein. Schon jetzt hören immer wieder Betriebe auf. Und es sind nicht nur die kleinen, alten Höfe, bei denen sich die Investitionen nicht mehr lohnen – es sind auch große Betriebe, die ihre Bilanzen kennen und die Verluste durch die Milch nicht mehr tragen wollen oder können. In Göhren-Lebbin, dem Tagungsort der Agrarminister, auf der Bühne des BDM berichtet einer von seinen leeren Ställen. 200 Kühe wurden auf seinem Betrieb gemolken. Jetzt gingen die letzten vom Hof. Zukünftig will er auf seinen 300 ha Ackerbau betreiben. Zwei Kollegen aus Schleswig-Holstein können nicht einfach aus der Milchviehhaltung aussteigen. Da sind Kredite zu bedienen und außerdem haben sie in der Hauptsache Grünland. Ihre Lösung ist: „Die Höhe des Milchgelds muss gleich bleiben.“ Die fatale Konsequenz daraus: Trotz fallender Preise melken sie immer mehr Milch. Wie passt das mit der Forderung des BDM „Menge runter!“ zusammen? Gar nicht, will man meinen. Doch es geht um die Suche nach einer einheitlichen, für alle verbindlichen Regelung. Diese könnte kurzfristig von den Molkereien ausgehen. Die funktionieren faktisch als Bündler: Sie erfassen die Liefermengen und haben direkt Kontakt zu den Milchbauern. Eine Reduzierung der Menge um zwei bis drei Prozent, so Romuald Schaber, Präsident des European Milkboard, würde die Märkte deutlich entlasten und die Preise steigen lassen.

Offen ist derzeit, wie es zu einem gemeinsamen, freiwilligen Vorgehen kommen könnte. Die Molkereien als untereinander konkurrierende Unternehmen scheinen nicht die erste Wahl zu sein. Mindestens bräuchte es aber einen Vermittler, einen Moderator, der die Branche zusammenführt und Gespräche leiten könnte. Die Agrarminister wollen bis zum Herbst warten und dann die Bundesregierung beauftragen. Eigentlich eine Aufgabe für den Bundeslandwirtschaftsminister. Harte Entscheidungen treffen möchte Schmidt, so die Erfahrungen der vergangenen Monate, eher nicht. Er versucht in

Agrarministerbeschlüsse:

- **Es ist zu viel Milch am Markt!**
- In einem ersten Schritt werden die Marktbeteiligten zur freiwilligen Mengensteuerung aufgefordert, die durch eine neue EU-Verordnung möglich geworden ist. Flankiert durch EU-Aussagen zu Beihilferegelungen bei Beibehaltung bzw. Reduzierung der betrieblichen Milchmenge.
- Sofern diese Maßnahmen bis zum Herbst keine Erleichterung gebracht haben, wollen die Agrarminister eine entschädigungslose Mengenreduzierung prüfen und umsetzen lassen.
- In den Lieferbeziehungen soll die Position der Milcherzeuger gestärkt werden. Hierfür soll die Vertragsbeziehung zukünftig auch konkrete Aussagen zu Menge, Preis und Laufzeiten beinhalten.
- Wirtschaftsbeteiligte werden aufgefordert Branchenorganisationen zu gründen. Diese sollen Rechte und Pflichten bekommen, um zukünftigen Krisen vorbeugend begegnen zu können.
- Liquiditätshilfen sollen mit dem Ziel einer Reduzierung der Milchmenge verbunden werden.
- Der Bund...

... soll sich für weiteres EU-Hilfspaket einsetzen und ebenfalls eigene zusätzliche Haushaltsmittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

... soll sich auf EU-Ebene für spontane Herauskaufaktionen zur Marktentlastung einsetzen.

... soll die Einführung eines Bonusprogramms Milch begleiten, um Molkereien und Erzeuger finanziell zu unterstützen, die sich an milchmengenreduzierenden Maßnahmen beteiligen.

... wird aufgefordert finanzielle Erleichterungen bei den Berufsgenossenschaftsbeiträgen und dem Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung zu schaffen sowie eine Restschuldenerlass für Darlehen aus der 90er Jahren einzuleiten.

Protokollerklärung: Die Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen lehnen eine Verknüpfung der Gewährung von Liquiditätshilfen mit Mengenreduzierungen ab.

zahllosen Diskussionsrunden die Protagonisten an einen Tisch zu bringen, Tierschützer und Massentierhalter, Industrievertreter und solche bäuerlicher Landwirtschaft. Der Bundesminister versteht sich als Moderator, will einen Raum für Begegnung und Austausch schaffen. Auch der Prozess hin zu einer von der Milchbranche freiwillig organisierten Mengenbegrenzung braucht dringend eine Führung. Allerdings eine mit einem klaren Auftrag: Die Menge muss runter!

1111

Molkereistimmen zur Milchmengenentwicklung

Molkereien beklagen zu viel Menge und geben unterschiedliche Antworten

Aus der Geschäftsführung der Molkerei Ammerland eG heißt es aktuell: „Wir haben zu viel Milch. Damit müssen wir erstmal fertig werden. Aber wir müssen bisher zumindest nichts am Spotmarkt verkaufen.“

Schon Mitte März hatte die Molkerei Berchtesgadener Land eG in einem Rundschreiben ihre Milchlieferanten eindrücklich gewarnt: „Für diese Milch gibt es keine Absatzmärkte! Milch, für die es keinen Markt gibt, können auch wir nur billig am Spotmarkt „loswerden“. Was „von einer Minderheit rücksichtslos angeliefert“ werde, so ein Vorstandmitglied, belaste die ganze Molkerei und damit alle an der Genossenschaft beteiligten Landwirte.“

Das Deutsche Milchkontor GmbH (DMK) ließ im April verlauten, sie hätten keine Schwierigkeiten mit den gestiegenen Milchliefermengen. Dr. Klaus Wagner, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der DMK, äußerte in der Mitgliederzeitschrift *„Meine Milchwelt“*: „Die Lage am Milchmarkt ist unverändert düster. Die Menge wächst auch 2016 schneller als die Nachfrage. ... Nicht nur DMK-Milcherzeugern fehlen mindestens 10 Cent zum wirtschaftlichen Auskommen.“ Aufsichtsrat Heinz Korte an gleicher Stelle zur Mengensteuerung: „Für eine verpflichtende Mengenreduzierung gibt es bei den Mitgliedern und Vertretern keine Mehrheit, das zeigen auch die bisherigen Versammlungen.“

Ein privatwirtschaftliches Molkereiunternehmen antwortete auf Anfrage der Abl: „Wir steuern die verarbeitete Rohmilchmenge gezielt über die Anzahl der Landwirte, die wir unter Vertrag nehmen, und decken evtl. saisonal auftretende Mengenbedarfe über Zukäufe. (...) Bisher haben wir die vorgesehene Bandbreite hinsichtlich der benötigten Milchlieferung sehr gut getroffen. (...) Wir lehnen es ab, Modelle zu diskutieren, bei welchen Marktteilnehmer für nicht erbrachte Leistungen Zahlungen erhalten sollen.“

Die frischli Milchwerke GmbH betont in ihrem Infobrief zur Milchpreisentwicklung 2016: „Bei unveränderter Milchlieferung auf dem hohen Niveau der letzten Zeit erwarten wir in den kommenden Monaten einen Absturz des Milchpreises auf etwa 20 Cent pro Kilogramm. Auch ein weiterer Verfall auf 19 Cent und weniger ist nicht auszuschließen. Bisher mag es für den einzelnen Betrieb sinnvoll gewesen sein, den Rückgang des Milchpreises durch eine Steigerung der Milchmenge aufzufangen. Angesichts der dramatischen Marktsituation weisen wir jedoch darauf hin, dass der Milchpreis durch immer weitere Mengensteigerungen immer weiter unter Druck geraten wird.“

Unerklärliche Ruhe neben erstaunlicher Bewegung

Verhalten von Bäuerinnen und Bauern in Krisenzeiten umfasst große Bandbreite

Wo wird die aktuell für viele Höfe bedrohliche wirtschaftliche Lage hinführen? Das kann in der Landwirtschaft gerade niemand so recht beantworten. „Das bekannte Koordinatensystem aus politischen Maßnahmen zur Marktordnung fällt zunehmend weg“, beschreibt Dr. Andrea Fink-Keßler vom Büro für Agrar- und Regionalentwicklung die aktuelle Situation. Die Politik zieht sich zu Gunsten des „freien Marktes“ zurück und überlässt Regelungen weitgehend den Marktakteuren. Nach Einschätzungen aus Sektoruntersuchungen des Bundeskartellamts aus den letzten Jahren sitzen die Bäuerinnen und Bauern dabei jedoch im Machtgefüge der Wertschöpfungsketten am kürzesten Hebel, was Verhandlungsmöglichkeiten und Preisgestaltung angeht. Wie reagieren die Bäuerinnen und Bauern? Auch das ist nicht einfach zu sagen. Vor allem bei den Milchvieh- und Schweinemastbetrieben ist die Stimmung wegen des extremen Preistiefs schlecht. Die laufenden Kosten sind mit den Produkterlösen nicht zu decken, die Rücklagen schwinden. „Ich hoffe, wir müssen keinen Kredit aufnehmen“, so die Milchbäuerin Johanne Erchinger. Neben der Sorge spricht aus ihr vor allem die Wut: „Wir haben in 23 Jahren nur einmal die Quote überliefert, wir wollten nicht immer mehr wachsen. Jetzt machen die Wachstumsbetriebe den Markt für alle kaputt. Die Milch aus den Ställen, die jetzt gebaut wurden und werden, wird doch gar nicht benötigt.“

Strukturwandelwettlauf

Die Bandbreite, wie der betriebliche Umgang mit der Marktsituation aussieht, ist groß. Viele haben der gängigen „Wachsen oder Weichen“-Denkweise folgend investiert und auf Betriebswachstum gesetzt, zum Teil in sehr großem Maßstab. Die Mengensteigerung soll durch Skaleneffekte die innerbetriebliche Kosteneffizienz erhöhen. Doch einige Betriebe haben nun größte Schwierigkeiten, die Kredite für ihre Investitionen zu bedienen. Andere waren früher dran, haben vor Quoteneinde schon mehr gemolken, bessere Milchpreise erlebt und nun einen etwas längeren Atem. Einige wenige fühlen sich als die Gewinner des Strukturwandelwettlaufes, warten auf die „Marktbereinigung“ durch Aufgabe anderer Betriebe und setzen darauf, dass neue Absatzmärkte gewonnen werden. „Ich

kann nicht ständig schauen, was mein Nachbar macht oder was gar irgendwo anders auf der Welt mit der Milch passiert, ich will mit meinem Betrieb ein Auskommen für meine Familie erwirtschaften“, zog Bauernverbandsvertreter Hendrik Lübben bei einer Podiumsdiskussion in Hamburg die Grenzen seiner Verantwortlichkeit eng um den eigenen Betrieb.

Enttäuschte Hoffnungen

„Von ganz vielen hört man überhaupt nichts“, ist Ottmar Ilchmann, Milchbauer in Ostfriesland und stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, ebenso besorgt wie verwundert: „Es müsste doch zu merken sein, wenn sich so viele aufregen, wütend sind oder auch traurig oder enttäuscht. Aber öffentlich ist davon kaum etwas zu hören. Dabei ist es wichtig, nicht allein auf dem Hof Trübsal zu blasen.“ Ob es sich um Schicksalsergebenheit, Sprachlosigkeit oder enttäuschte, auf mitgetragenen Versprechungen beruhende Zukunftsaussichten oder Sonstiges handelt, bleibt verborgen. Manche Bäuerinnen und Bauern, die unter diesen Umständen nicht mehr mithalten können oder wollen, hören auf. Oftmals ist in diesen Fällen kein Nachfolger vorhanden, die Perspektive fehlt, auch wenn der Betrieb wirtschaftlich nicht unbedingt schlechter dasteht als andere. Einige schaffen auch „nur“ die Tiere ab, behalten andere Betriebs-

zweige bei, gehen in den Nebenerwerb. Oder einer der Partner sucht sich eine Stelle außerhalb des Betriebes. Der so genannte Strukturwandel, also die Tatsache, dass Betriebe aufhören und andere dafür ihren Betrieb vergrößern, ist fester Bestandteil der Wachstumslogik. Ein Ausstieg kann für den Einzelnen der richtige Weg sein, auch wenn es ein schwerer Schritt ist. Aber gleichzeitig stellt es einen Verlust dar für alle, die sich für den Erhalt der Höfe durch vielfältige Zukunftsperspektiven und zeitgemäße Hofnachfolgegestaltung einsetzen. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist immer eng mit der Entwicklung des ländlichen Raumes verknüpft. Bauernhöfe sind ein großer Teil der wirtschaftlichen Aktivität und Lebendigkeit vor Ort, die wichtig ist, um die Infrastruktur mit Geschäften, öffentlichen Verkehrsmitteln, gesundheitlicher Versorgung u. a. aufrecht zu erhalten.

Alternative Wege

Als Beispiele, Reibungspunkte und vor allem Zeichen dafür, dass es möglich ist, eigenständige andere und neue Wege zum In-Wert-Setzen der Erzeugnisse zu suchen oder zu schaffen, halten immer wieder diejenigen Bäuerinnen und Bauern her, die ihrem eigenen Kopf gefolgt sind und mit viel Einsatz eine Weiterverarbeitung, verschiedenste Formen der Direktvermarktung, kooperative Zusammenschlüsse oder Qualitätsprogramme, darunter die ökologische Wirtschaftsweise, umge-

setzt haben. „Zum Teil beschäftigen sich Bäuerinnen und Bauern gerade jetzt wieder stärker selbst mit Marktverhältnissen und Vermarktungsideen“, beobachtet Fink-Keßler. In Krisenzeiten ist nur oft der finanzielle Spielraum so gering, dass Veränderungen, die meist zunächst mit einem Mehraufwand und Umstellungen verbunden sind, schwierig zu stemmen sind. Allerdings tauchen auch neue Differenzierungsmöglichkeiten für Betriebe auf, wie im Bereich der Schweinehaltung durch die zunehmende Bedeutung von Tierwohl. Dabei erleben Berater für Stallkonzepte, die mehr arteigenes Verhalten der Tiere ermöglichen, dass sich in dieser Hinsicht vor allem Betriebe bewegen, die immer investiert und erweitert haben, die letzten Wachstumsschritte mitgemacht haben und sich nun weiter an Marktanforderungen ausrichten. Das Bild der Landwirtschaft war immer ein vielfältiges mit unterschiedlichen, sich stets weiter entwickelnden Wirtschaftsstilen. Kein Hof gleicht dem anderen, jeder ist geprägt vom Standort, der Region, den Entwicklungsschritten und von der bewirtschaftenden Bauernfamilie, der Bäuerin oder dem Bauern, der Hofgemeinschaft. Es lohnt sich, nicht nur für die Bäuerinnen und Bauern und ihre Höfe, sondern auch für die Dörfer und nahe stehende Berufszweige, für den Erhalt der Strukturen und deren Zukunftsperspektiven zu kämpfen. cw



Die Menge muss runter, war die Forderung, die offensichtlich auch am Verhandlungstisch angekommen ist

Foto: Nürnberger

Downsizing mit Weide- und Biomilchproduktion

Molkerei Ammerland schafft keine Mengenregulierung, setzt aber auf Qualitätsprogramme

Es braucht andere Wege, auf den Höhen auf Preiskrisen zu reagieren, als jeweils als Einzelbetrieb auf Mengensteigerung zu setzen – so viel ist mittlerweile eigentlich klar. Immer mehr Molkereien sagen öffentlich oder zumindest gegenüber ihren Lieferanten, dass sie zu viel Milch angeliefert bekommen, um diese gewinnbringend vermarkten zu können – der reichlich verfügbare und damit günstige Rohstoff wird nun auch zur Last für die Verarbeiter. So auch bei der niedersächsischen Molkerei Ammerland, deren Geschäftsführer Ralf Hinrichs anmerkt: „Ich sage unseren Betrieben immer wieder: Wir haben zu viel Milch. Damit müssen wir erstmal fertig werden.“ Für Mengensteuerungsmodelle fanden sich jedoch keine Mehrheiten unter den genossenschaftlich organisierten Ammerländer Milchlieferanten: „Überlegungen dazu gab es eine ganze Menge. Aber die Landwirte sind eine sehr inhomogene Gruppe. Sie müssten sich auf einen

Eine andere Möglichkeit liegt darin, mit der Milch extra Märkte mit höherpreisigen Produkten aus Qualitätsprogrammen zu bedienen oder neu zu etablieren und auf diese Weise Betrieben Alternativen abseits der Wachstumsstrategie zu bieten. Die Ammerländer setzen aktuell auf Weidemilch, deren Vermarktung als Trinkmilch Anfang April angelaufen ist. Außerdem wird eine Bioschiene aufgebaut, für die zur Zeit 50 Betriebe mit der Umstellung begonnen haben, deren Milch ab Herbst 2017 als Biomilch verkauft werden kann. „Der Biomilchmarkt ist mittlerweile etabliert“, weist Hinrichs auf die Einstiegshürden besonderer Qualitäten hin, „der Erfolg von Weidemilch muss sich erst im Markt zeigen. Es entstehen jedoch auch für die Molkerei sofort Kosten für die Trennung der Milch in der Erfassung und Verarbeitung.“ Von den insgesamt rund 2.000 Milcherzeugern der Molkerei erfüllen aktuell mehr als 1.000 die hauseigene

heit mit dem Begriff „Initiative Weidehaltung“ auf den hiesigen Trinkmilchverpackungen hin.

Begriffsklärung Weidemilch

„Der Grund, warum wir das bisher nicht prominent beworben haben, ist, dass die Begrifflichkeiten noch nicht geklärt waren“, erläutert Hinrichs. Doch zwischenzeitlich sind in Niedersachsen unter dem Dach des neu gegründeten Grünlandzentrums mit den verschiedenen Interessengruppen aus der Milchbranche, dem Handel, der Politik und Verbänden des Verbrauchers-, Umwelt- und Tierschutzes Vorstellungen zur Umsetzung von Weidemilchprogrammen diskutiert und mittlerweile größtenteils abgestimmt worden. Diesen Prozess hat auch die Molkerei Ammerland genau verfolgt. Bei der Weidemilchvermarktung wird der regionale Bezug betont und der Verzicht auf Gentechnik im Futter integriert. Zertifiziert vom Verband für

– das Landhandelsunternehmen, welches gegenüber der seit mehreren Jahren bestehenden, von einer Gruppe Bauern selbst organisierten Einkaufsgemeinschaft immer abgewunken hat: Gentechnikfreies Futter sei nicht zu beschaffen.“ Die Zeiten ändern sich – und nun ist diese, auch durch beharrliche Eigeninitiative einiger Bäuerinnen und Bauern, anscheinend reif: Vor einigen Jahren sorgte der Vorschlag, gentechnikfreie Milch zu vermarkten, auch in Versammlungen der Molkerei Ammerland noch für amüsiertes Kopfschütteln.

Weidehaltung in Wert setzen

Ammerland-Geschäftsführer Hinrichs will den notwendigen preislichen Aufschlag für den Mehraufwand der Betriebe von der Vermarktungsseite her aufzäumen: „Ich kann nur finanziell fördern, was auf der Einnahmeseite mehr einbringt.“ Die Verantwortung der Molkerei: „Wir haben noch viel zu tun in der Vermarktung. Wir müssen die Weidemilch gut und teuer absetzen. Und die Betriebe müssen uns vertrauen: Wenn Geld reinkommt, werden wir es verteilen.“ Bisher wurden nur 10 bis 15 Prozent der verfügbaren Weidemilch als solche verkauft. Zu Beginn der Initiative haben die Ammerländer Bauern und Bäuerinnen ohne finanziellen Ausgleich teilgenommen. Dann bekamen sie für die Führung des Weidekalenders pauschal 200 Euro, dann für die Teilnahme an den Audits ebenfalls pauschal 200 Euro. Seit 2014 wurde der Zuschlag für den Weidekalender auf 500 Euro erhöht. Die Motivation des Molkereigeschäftsführers: „Ich glaube, das ist ein guter Weg, um zu erreichen, dass die Milcherzeugung mit Weidehaltung gefördert wird und attraktiv bleibt. Das beobachten wir als Molkerei in einer Grünlandregion mit Sorge, dass mit immer größer werdenden Einheiten immer weniger Weidewirtschaft betrieben wird – obwohl das am besten angesehen ist und die Verbraucher dahinter stehen.“ Dabei setzt Hinrichs auch auf den Nebeneffekt der neuen Qualitätsprogramme: „Mit Biomilcherzeugung ist eine Art Downsizing verbunden durch die Kreislaufwirtschaft und geringere Leistung. Außerdem wird ein anderer Markt beliefert. Und Weidemilch könnte mit einem ähnlichen Mengeneffekt funktionieren, weil flächengebunden erzeugt wird.“ *cw*



Ammerland geht auf die Weide

Foto: Dirscherl/pixelio

Weg verständigen. Ich würde mich nicht gegen eine Mengensteuerung stellen, da bin ich eher neutral, aber es bräuchte Mehrheiten. Momentan können wir da nichts regeln“, ist Hinrichs mittlerweile überzeugt. Die Vehemenz ist groß, bis hin zu Klageandrohungen, falls frühere Zusagen, es werde keine Mengenregulierung geben, nicht eingehalten würden. Die Ammerländer haben immerhin keinen Wachstumsanreiz durch eine Mengestaffel mit höheren Auszahlungspreisen für Großlieferanten gehabt.

Vorgabe, die Kühe mindestens 120 Tage im Jahr mindestens sechs Stunden weiden zu lassen. In einem Weidemilchkalender wird eingetragen, wann die Herde draußen war, und an Hand eines Parzellenplans festgehalten, wo die Tiere geweidet haben. Seit 2011 entwickeln die Ammerländer ihr Weidemilchprogramm, allerdings zunächst ohne Kennzeichnung und vornehmlich für den Verkauf in den Niederlanden, wo Weidemilch den Hauptanteil der Vermarktung ausmacht. Erst seit 2014 weist die Molkerei darauf als Besonder-

Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) darf die Ammerländer Weidemilch nach einer Umstellungszeit von drei Monaten ab Juli das „ohne Gentechnik“-Siegel tragen. Einen Cent Bonus zahlt die Molkerei den Milchviehbetrieben für die Gentechnikfreiheit. „Interessant“, merkt der ostfriesische Milchbauer und stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Ottmar Ilchmann, an: „Unter anderem hat Agravis bereitwillig eine Lieferzusage für das gentechnikfreie Futter gegeben

Viel ist ausgesät

Reaktionen auf die STV, die zehntausende Bauern und Bäuerinnen wegen des Nachbaus anschreibt

Es ist ein bisschen die Ruhe nach und vor dem Sturm. Die Frist für das Angebot der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) zur rückwirkenden Nachbauanzeige, welches in den vergangenen Wochen die Gemüter der Bauern und Bäuerinnen erhitzt hatte, ist abgelaufen. Wer sich entschlossen hatte, darauf einzugehen, wartet jetzt wahrscheinlich wenig sehnsüchtig auf die Rechnung der STV für den Nachbau der vergangenen Jahre. Es werden einige sein, die sich durch den Brief haben einschüchtern lassen, sicherlich wird der Bundesverband deutscher Pflanzzüchter bald den Erfolg der Aktion in der Presse vermelden. Gleichzeitig ist jetzt die jährliche Aufforderung zur pauschalen Nachbauerklärung der STV an die Bauern und Bäuerinnen rausgegangen, ebenso wie die konkreten Rechnungen an diejenigen, über die die STV tatsächlich Informationen – sei es durch Aufbereitermeldungen oder eigene Auskünfte – gesammelt hat. Darunter sind nach wie vor eine ganze Reihe Rechnungen, die nur auf eine Getreideart – die Angabe auf dem Rechnungsbogen lautet dann „Winterweizen“ oder „Sommergerste“ – ausgestellt sind. Diese Rechnungen stellen eben nicht jene konkreten Anhaltspunkte dar, aufgrund derer die STV Nachbaugebühren einziehen kann. Für eine korrekte Rechnung muss zwingend ein Sortenname angegeben werden. Die STV spekuliert aber Jahr um Jahr darauf, dass sich Bauern und Bäuerinnen von den seriös wirkenden Rechnungen beeindrucken lassen und zahlen. Der Bauernverband ist in den meisten Fäl-



Hier braut sich was zusammen...

Foto: bergeist007/pixelio

len auch keine Hilfe, wenn es darum geht, die Nachbauangelegenheit differenziert zu betrachten und zwischen Rechtsanspruch der Züchter und Hokusfokus zu unterscheiden. So informierte der Bayerische Bauernverband in einem Mitgliederrundschreiben im Zusammenhang mit dem groß angelegten „Amnestieangebot“, dass, falls jemand das Angebot annehmen wolle, aber nicht angeschrieben wurde, er dies auch mit im Internet vorhandenen Formularen tun könne. Sonst mit wenig Beißhemmung ausgestattet, gibt sich der Bauernverband gegenüber den Pflanzzüchtern und der STV gern als diplomatisches Neutrum. Bäuerliche Interessenvertretung hätte doch hier zu der Empfehlung führen müssen, als Nichtangeschriebener ja die Füße still zu halten! Eine bessere Figur machte da immerhin der hessische Bauernverbandspräsident Armin Müller, der in einem regionalen Fernsehbeitrag zu Nach-

bau die Züchter dafür kritisierte, immer mehr dafür zu tun, nicht mehr nachbaufähige Hybridsorten auf den Markt zu bringen, um damit den Bauern das Recht auf Nachbau ganz elegant aus der Hand zu nehmen.

Reaktionen

Immerhin sorgte das Massenschreiben, welches sich ja darauf bezieht, dass der EUGH geurteilt hatte, es gebe eine Frist für die Zahlung von Nachbaugebühren von einem Wirtschaftsjahr, in dem diese unabhängig von der Auskunftfrage und ohne gesetzliche Verankerung gezahlt werden müssten, für eine gewisse öffentliche Resonanz. Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) war als einzige sich kritisch äuernde Stimme begehrter Gesprächspartner bei Bauern und Presse. Zum internationalen Tag der Pflanze am 13. April gab es aber auch bemerkenswerte Worte vom Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN). Vorsitzende Elke Röder formulierte in einer Presseerklärung: „Saatgut ist Kulturgut. Die Diskussionen um Gentechnik, Patente und Lizenzen sind nur einige Beispiele, die deutlich machen, wie sehr Pflanzen und Sorten geschützt werden müssen – als gesellschaftliches Gemeingut.“ Die Erhebung von Lizenzgebühren für Saatgut bei Landwirten sei besorgniserregend. Ausdrücklich verweist der BNN in dem Zusammenhang auf das Massenschreiben der STV. Darin würden Lizenzgebühren für den so genannten Nachbau gefordert: Säen und Ernten, von der Ernte etwas aufbewahren, um es im nächsten Jahr wieder auszusäen – dieses uralte Grundprinzip der Landwirtschaft solle nicht mehr uneingeschränkt möglich sein. Das stehe gegen die Auffassung von Pflanzen als Gemeingut, von Saatgut als Kulturgut.



Jetzt mitmachen!

Um ein weiteres deutliches Zeichen zu setzen, organisiert die Kampagne „No Patents on Seeds“ zusammen mit vielen Organisationen wie der AbL einen Sammeleinspruch gegen ein Tomatenpatent von Syngenta. Das Patent auf Tomaten mit einem hohen Gehalt an so genannten Flavonolen wurde 2015 durch das Europäische Patentamt in München (EPA) erteilt. Flavonole gelten als gesundheitsförderlich. Das Patent erstreckt sich auf Pflanzensorten mit den entsprechenden Züchtungsmerkmalen, auf das Saatgut, die Pflanzen und die Früchte. Die „Erfindung“ besteht darin, Tomaten aus ihrer Ursprungsregion in Lateinamerika mit hier handelsüblichen Sorten zu kreuzen. Das europäische Patentrecht verbietet Patente auf Pflanzensorten ebenso wie auf konventionelle Züchtung. Trotzdem erteilt das EPA nach wie vor Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere. „Diese unsägliche Patentierungspraxis muss gestoppt werden. Die Sicherung der Lebensgrundlagen gehört in die Hand der Bauern und der Zivilgesellschaft“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL. av

Machen Sie mit beim Sammeleinspruch gegen das Tomatenpatent. Er findet sich auf der Homepage der AbL (www.abl-ev.de), kann dort heruntergeladen werden und muss bis zum 2. Mai eingeschickt werden.

Gatersleben-Freisetzung: Klage endgültig abgewiesen

„Eine kluge Entscheidung“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL zum Urteil im Prozess gegen die sechs jungen Leute, die vor 8 Jahren einen Freisetzungversuch von gentechnisch verändertem Weizen in Gatersleben zerstörten. Es widerspreche zwar bäuerlichem Denken, wenn eingesätes Pflanz- und Saatgut mutwillig herausgerissen würde, ergänzte Janßen, wer aber alle wissenschaftlichen, bäuerlichen und rechtlichen Argumente gegen die risikoreiche Freisetzung von Gentechnikweizen in unmittelbarer Nähe der Genbank in Gatersleben – der Wiege des Saatguts – arrogant ignoriere, der müsse sich nicht wundern, dass Hand angelegt werde. Die Genbank beherbergt eine der weltweit größten Sammlungen an Kulturarten, besonders am Standort in Gatersleben werden tausende Getreidesorten bewahrt und kultiviert. Ausgerechnet hier hatte das Institut für Pflanzengenetik (IPK) 2008 begonnen, den Freisetzungversuch durchzuführen. Das IPK forderte nach der Zerstörung Schadensersatz von ca. 295.000 Euro. Am 13. April 2016 wies das Landgericht Magdeburg die Klage wegen der unzureichenden Begründung durch das IPK ab. Zwar zeigte der Gutachter, Prof. Piepho aus Stuttgart-Hohenheim, auch schwere Mängel bei der Versuchsplanung und Durchführung auf, die allerdings juristisch gar nicht mehr beurteilt wurden. „Das Urteil ist eine krachende Niederlage für das IPK“, so eine der Beklagten, Susanne Meyer-Mähne. Ihre Rechtsanwältin Katrin Brockmann resümiert: „Als der Prozess begann, ahnten wir nicht, dass die Klage an der schlechten Arbeit des IPK scheitert. Wir wollten deutlich machen, dass nicht einfach fremdes Eigentum zerstört wurde, sondern wegen des verantwortungslosen Handelns des IPK und der Behörden ein Notstand herrschte. Keine Instanz wollte die Genehmigung und skandalöse Durchführung prüfen, obwohl klar wurde, dass auch Sicherheitsauflagen nicht eingehalten wurden und mehr GV-Weizen freigesetzt wurden, als genehmigt waren. Letztendlich gewinnen wir, weil das IPK an dieser Freisetzung keine seriöse wissenschaftliche Arbeit nachweisen konnte. Das macht das in Kauf genommene Risiko der Kontamination der alten Weizensorten noch skandalöser.“ av

cs

Präzise ist nicht sicher

Über die neuen und alten Gefahren der Gentechnik

Das wohl populärste neuartige Gentechnikverfahren nennt sich CRISPR-Cas. Von manchen Wissenschaftlern wird es derzeit als „echte Revolution“ bezeichnet, auch weil es andere neuartige Gentechnikverfahren, die in den letzten Jahren entwickelt worden sind, überholt haben soll. Das Faszinierende seien die „Präzision“, die „Einfachheit“, aber auch die Kostengünstigkeit dieses so genannten „Genom-Editing“-Verfahrens.

Aber was unterscheidet diese neuen Gentechnikverfahren von den alten? Müssen sie der EU-Gentechnikregulierung (Risikobewertung, Zulassungsverfahren, Kennzeichnung, Nulltoleranz etc.) unterliegen oder nicht?

Alte Gentechnik

Bei aktuellen auf dem Markt und im Zulassungsverfahren befindlichen Gentechnikpflanzen wurde ein Genomkonstrukt mit der gewünschten Eigenschaft sowie weiteren Funktionsgenen (Promotoren, Marker etc.) in den Zellkern der zu verändernden Pflanze gebracht. Die klassischen Verfahren funktionieren mit „Partikelbeschuss“ oder mit Hilfe des Agrobacterium tumefaciens. Der Einbau der Genkonstrukte erfolgt

CRISPR-CAS

Das CRISPR-Cas-System arbeitet mit zwei Komponenten: einer „Zielvorrichtung“ und einer „Schere“. Das „Navigationssystem“ (CRISPR) besteht aus einer RNA-Sequenz, die der Gentechniker konstruiert. Sie passt genau zu dem jeweiligen Bereich im Genom, der verändert werden soll und dockt dort an. Das Cas-9-Protein schneidet dann an der Stelle die DNA auf. Nach erfolgreichem Schnitt der DNA werden zelleigene Reparatursysteme in Gang gesetzt, die den aufgetrennten Strang wieder zusammenfügen. Bei CRISPR-Cas können DNA-Abschnitte an der Schnittstelle entfernt oder verändert werden. Es können auch kleinere oder größere Gensequenzen eingebaut werden. Ähnlich arbeiten auch andere Genom-Editing-Verfahren wie Zink-Finger-Nuklease (ZFN), TALENs und Meganukleasen. Im Detail unterschiedlich beruht ihr Mechanismus auf dem Einsatz von Nukleasen, die programmiert sind, um bestimmte DNA-Ziel-Sequenzen zu finden, den DNA-Strang zu durchschneiden und dadurch einen Reparaturmechanismus auszulösen.

zufällig und nicht vorhersagbar. Entsprechend können unbeabsichtigte und nicht steuerbare Veränderungen in der Pflanze auftreten. Als die ersten Produkte auf den Markt kamen, hat sich Europa für eine Gentechnikregulierung entschieden, die mögliche Risiken des Verfahrens frühzeitig identifizieren und bewerten soll. Die GV-Pflanzen müssen ein Zulassungsverfahren durchlaufen, rückverfolgbar sein und gekennzeichnet werden. Solange sie keine Zulassung haben, gilt die Nulltoleranz. So können diese Produkte, sollte sich herausstellen, dass eine Gefahr für Gesundheit oder Umwelt besteht (theoretisch) wieder vom Markt genommen werden. Damit hat das Vorsorgeprinzip eine starke Verankerung in der europäischen Gentechnikregulierung bekommen.

Neue Gentechnik

Die neuartigen Gentechnikverfahren werden auch als „Genom-Editing“-Verfahren (Genom-Bearbeitungsverfahren) bezeichnet. Sie nutzen unterschiedliche Techniken, um direkt auf molekularer Ebene in die DNA oder die Genregulation einzugreifen. Beispielsweise können Enzyme als „Genscheren“ das Erbgut an spezifischen Stellen aufschneiden. Künstliche Genabschnitte können kreiert, arteigene und artfremde nachgebaut und integriert werden. Gene und Genfunktionen können ausgeschaltet, Gene umgeschrieben werden. Mit derartigen Methoden verändert sich die Eingriffstiefe, da nicht mehr DNA aus Lebewesen isoliert werden muss, um Gensequenzen zu übertragen. Vielmehr wird auf der Ebene der Bausteine der Gene (einzelne Nukleinsäuren bis hin zu Methylgruppen) agiert. Die neuen Methoden erlauben damit eine weit reichende Veränderung des Erbgutes und der Genregulation. Es können auch unterschiedliche Methoden kombiniert oder Verfahren mehrfach nacheinander angewendet werden. Erprobt wird die Technik bei Pflanzen, Tieren, Insekten und in der Humanmedizin. Züchtungsziele sind v. a. Krankheits- und Schädlingsresistenzen sowie Herbizidresistenzen. Geforscht wird aber auch an Glutenfreiheit, Ligninreduktion, Trockenheitsresistenzen etc. Was davon die Marktreife erlangt, ist offen.

Präzise ist nicht sicher

Die vermeintliche Zielsicherheit des



Lösen neue Züchtungstechniken als Gentechnik für Jedermann wirklich die Konzernabhängigkeit auf? Foto: Laube/pixelio

CRISPR-Cas stellt beispielsweise Toni Cathomen von der Universität Freiburg in Frage. Es könnten fehlerhafte Schnitte auftreten, denn CRISPR-Cas schneidet die DNA auch an Stellen, die die Forscher so nicht vorausgesehen haben. Detlef Weigel vom Max-Planck-Institut berichtet, dass häufig Nicht-Ziel-Effekte auftreten. Gene könnten verändert werden, die gar nicht verändert werden sollen. Gene werden unter Umständen in Clustern abgelesen, welche Eigenschaften dann genau betroffen sind, sei schwer vorhersagbar.

Heftige Diskussionen gibt es auch darüber, wie das Risiko zu bewerten ist. Soll davon ausgegangen werden, dass bestimmte Techniken risikoärmer sind, wie es Prof. Urs Niggli, Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL), sieht, und deshalb nicht der „strengen“, aufwendigen und teuren Risikobewertung des EU-Zulassungssystems unterzogen werden müssen? Oder muss man, gerade weil die Techniken noch neu sind, genau hingucken? Die Wissenschaftlerin Ricarda Steinbrecher kommt zu dem Schluss, dass die neuen Gentechnikverfahren zum Teil neue und ganz eigene Risiken und Unsicherheiten bergen. Die Verfahren verändern die DNA. Inwiefern sie das Zusammenwirken mit anderen Genen oder aber Prozessen innerhalb der Zelle beeinflussen, sei weitgehend unbekannt. Unbeabsichtigte Änderungen findet man nur, wenn man auch danach sucht. Mehr Präzi-

sion ist also keinesfalls gleichzusetzen mit mehr Sicherheit. Sondern gerade die neuen Gentechniken müssen der EU-Gentechnikregulierung unterzogen werden und einer konsequenten und zu verbessernden Risikobeurteilung, die auch die neuartigen Risiken in Betracht zieht.

Prozess- statt Produktbewertung

Ein weiteres Argument ist, dass die Veränderung im Endprodukt nicht mehr nachweisbar sei, denn sie hätte auch durch natürliche Mutation erfolgen können. Deshalb fordern manche Wissenschaftler, man solle maximal die Produkteigenschaften bewerten – nicht den Herstellungsprozess. Richtig ist, dass man mit den aktuellen PCR-Methoden die neuartigen Veränderungen nicht feststellen kann. Allerdings schreibt die EU-Gentechnik-Regulierung vor, dass GVOs rückverfolgbar und damit nachweisbar sein müssen. Die Risikodiskussion zeigt, dass die Risiken sehr unterschiedlich sein können und durch die einzelnen Techniken ausgelöst werden. Deshalb bedarf es weiterhin einer Prozessbewertung.

Demokratisch?

Oft werden die Methoden auch als „demokratisch“ dargestellt, weil sie technisch extrem einfach anzuwenden und im Gegensatz zum monopolisierten Einsatz der alten Gentechnik von

Unerwarteter Erfolg

Immer mehr US-Firmen weisen gentechnisch veränderte Inhaltsstoffe aus

Warum wir eine landesweite GVO-Kennzeichnungspflicht befürworten“ war der Titel einer Pressemitteilung, die der US-Lebensmittelkonzern Campbell's im Januar überraschend auf seiner Webseite veröffentlichte. Umfragen ergäben seit Jahren, dass mehr als 90 % der Amerikaner genau wissen möchten, was sie essen. Mit der GVO-Kennzeichnung Sorge man für die von den Kunden gewünschte Transparenz. Es war das erste Anzeichen dafür, dass die GVO-Kennzeichnungspflicht, die der kleine Ostküstenstaat Vermont vor zwei Jahren beschloss, nationale Konsequenzen haben würde. Inzwischen haben eine Reihe weiterer

großer Firmen (darunter Schokoladenhersteller Mars, Kelloggs, ConAgra und General Mills, Großkonzerne mit einer Vielzahl von Marken) angekündigt, dass sie in Zukunft gentechnisch veränderte Inhaltsstoffe ausweisen werden. Alle Firmen betonen, dass die gesundheitliche Unbedenklichkeit gentechnisch veränderter Inhaltsstoffe „wissenschaftlich seit Jahren erwiesen“ sei und dass GVO-Technologie dazu beitrage, die Kosten vieler Lebensmittel niedrig zu halten.

Eine dramatische Kehrtwende, angesichts der Tatsache, dass die Lebensmittelindustrie über die Jahre riesige Summen* investiert hat, um die GVO-

Kennzeichnungspflicht zu verhindern. Allein im US-Bundesstaat Oregon investierten die GVO-Kennzeichnungsgegner im Jahr 2014 über 21 Millionen US-Dollar, um einen Volksentscheid zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Keine einheitliche Regelung

Die Präsidentschaftswahlen und die Vertriebsstrukturen in der Lebensmittelindustrie machen den Gesinnungswandel möglich: Bis März hatte der Lebensmittelhandelsverband (National Grocers Association) zusammen mit der Industrie auf eine Gesetzesvorlage gehofft, die US-weit eine freiwillige GVO-Kennzeichnung eingeführt hätte.

Ein aufgedruckter so genannter QR-Code sollte den Konsumenten erlauben, mittels Smartphone die Herstellerwebseite und Informationen zu Inhaltsstoffen direkt aufzurufen. Damit sorgte man für Transparenz, verhinderte aber, dass der Hinweis auf GVO-Inhaltsstoffe von uninformierten Konsumenten fälschlich als Warnhinweis verstanden werde. Für die Verabschiedung des von zwei republikanischen Senatoren eingebrachten Gesetzes hätten auch einige Demokraten dafür stimmen müssen – doch die USA stecken mitten im Wahlkampf. Das Gesetz scheiterte und es ist extrem unwahrscheinlich, dass vor der Sommerpause noch ein mehrheitsfähiger Kompromiss ausgehandelt werden kann. Das bedeutet: Am 1. Juli tritt in Vermont die GVO-Kennzeichnungspflicht in Kraft. Verantwortlich für die Etikettierung ist der Hersteller. Wenn nach Ablauf der Übergangsfrist von sechs Monaten im Regal eines Supermarktes ein nicht korrekt etikettiertes Produkt gefunden wird, zahlt nicht der Supermarkt oder der Großhändler, sondern der Hersteller eine Strafe (bis zu 1.000 US-Dollar pro Tag). Da alle großen Unternehmen mit Logistikzentren arbeiten, die ihre Produkte landesweit, kurzfristig und nach Bedarf ausliefern, können die Hersteller der gesetzlichen Kennzeichnungspflicht in Vermont nur entsprechen, wenn sie alle Waren entsprechend auszeichnen. Und damit hat der kleine Staat Vermont de facto die GVO-Kennzeichnungspflicht für alle 50 US-Bundesstaaten erwirkt.

*Marianne Landzettel,
freie Journalistin*



Mindestens im US-Bundesstaat Vermont muss Gentechnik gelabelt werden

Foto: Beuschel/pixelio

Fortsetzung von Seite 16

tausenden Laboren nutzbar seien. Die „Target“-DNA sei einfach bestellbar. Das ist ein verführerisches Argument und richtet sich v. a. gegen die Konzernkritik bei der klassischen Gentechnik. Aber natürlich braucht es Know-how und Ressourcen, um die Technik tatsächlich anzuwenden und Ergebnisse zu erzielen. Bislang wird die Technik im Grundlagenforschungsbereich eingesetzt. Aus den Laborversuchen tatsächlich vermarktungsfähige Pflanzen zu machen ist noch immer ein weiter Weg. Gerade weil die Technik einfach zugänglich ist, sollten Regelungen ein-

geführt werden, um einen Missbrauch zu verhindern. Demokratie ist auch eine Frage, wer Zugang zu dem Saatgut hat und für welche Regionen und ackerbaulichen Systeme es entwickelt wird. Die Frage ist auch, wessen genetische Ressourcen verändert werden, wenn die neuartigen Organismen einfach freigesetzt werden und ins regionale Saatgut oder die Ursprungsarten auskreuzen. Und: Nur eine Kennzeichnung erlaubt es Züchtern, Bauern und Verbrauchern selbst zu entscheiden, mit welchem Saatgut sie arbeiten und was wir essen wollen.

Auch ein Blick auf die angemeldeten Patente zeigt, wer hofft, mit den neuen

Techniken Geld machen zu können. Hier dominieren bislang die bekannten großen Gentechnikkonzerne wie DuPont, Bayer, BASF, Monsanto oder kooperierende Firmen. Patentstreitigkeiten wie aktuell bei CRISPR (wer hat es als erster erfunden) sind vorprogrammiert. Patente am Markt durchzusetzen und zu verteidigen erfordert Ressourcen und Patentanwälte. Patente bremsen den züchterischen Fortschritt, da Zuchtmaterial nur eingeschränkt verwendet werden darf. Lizenzgebühren verteuern das Saatgut, der Nachbau ist verboten.

Die Debatte zeigt, dass die Techniken zwar neuartig sind, den Verbrauchern

und Bauern aber ähnliche Argumente und Versprechen dargelegt werden wie vor 20 Jahren. Vor allem ist wie bei der alten Gentechnik der Technologieglaube zu hinterfragen, der bislang eher den Konzernen Profite verschaffte als den Bauern und auch für die Verbraucher keinen Mehrwert brachte. In jedem Fall sind die Techniken aus wissenschaftlicher, aber auch aus Verbraucherschutzsicht einer klaren Regulierung, strengen Risikobewertung und Kennzeichnung zu unterziehen und dürfen nicht einfach freigesetzt werden.

*Annemarie Volling,
AbL-gentechnikfreie Regionen und
Eva Gelinsky, IG-Saatgut*

„Für fortschrittliche Bauern!“

Zum 40-jährigen Jubiläum der Unabhängigen Bauernstimme

Vor 40 Jahren entschied sich der Arbeitskreis Junger Landwirte, eine eigene Zeitung herauszugeben. Die wichtigsten Gründe waren, dass es keine Möglichkeit beziehungsweise – wie man heute so sagt – keinen Zugang zu den Fachmedien gab, um dort auch mal die Gedanken abseits der gängigen Verbands- und Industriepfade unterzubringen, die die im und um den Arbeitskreis organisierten und sympathisierenden Bauern und Bäuerinnen bewegten. Auf Veranstaltungen wurde deutlich, dass es ein großes Interesse an den Inhalten eines bäuerlichen Widerstandes gegen die reine Lehre des

Wachsens oder Weichens, der Rationalisierung und für die Solidarität mit Bauern und Bäuerinnen in aller Welt, aber auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu Hause wie Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherbewegung, gab. Gleichzeitig war es das prä-digitale Zeitalter, in dem WhatsApp und Internet-Newsletter erst noch erfunden werden mussten, um all die Informationen auch weiterzugeben.

Auch wenn die Inhalte bis heute Bestand haben, hat sich doch auch vieles verändert: Der Arbeitskreis Junger Landwirte wurde zur Arbeitsgemein-



Alle 10 Jahre jünger

Foto: Jasper

„ 40 Jahre Bauernstimme

Mit AbL und Bauernstimme in die Zukunft“

am 25. und 26. Juni 2016 in Körbecke bei Warburg (Westfalen) auf dem Hof von Heike Schäfer-Jacobi und Josef Jacobi

Freitag, den 24. Juni 2016

Diesjährige Sommertagung der jungen AbL in Körbecke auf dem Hof der Familie Jacobi (Zeltdorf)

Samstag, den 25. Juni 16

Bustransfers 10.45 Uhr, und um 14.45 Uhr von Warburg, Hauptbahnhof

11.30 Uhr Begrüßung

12.00 Uhr Gastvortrag Michael Sontheimer

„Die Bedeutung von gesellschaftlichen Bewegungen im Spiegel der Medien“

13.15 Uhr Denkanstöße: „ 40 Jahre AbL und Bauernstimme ... und Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft“

15.15 Uhr-17.00 Uhr (zeitgleich)

- I Milchgespräch im Kuhstall
- II Besichtigung der Hofkäserei
- III Im Zeltdorf der jAbL

17.15 Uhr–19.00 Uhr Talk und Schnack in der Scheune mit Matthias Stührwoldt

ab 20.00 Uhr : Abendprogramm mit Harfenmusik und Kabarett

Sonntag, den 26. Juni 2016

9.30 Uhr Gemeinsame Exkursion

Das Steinerne Haus, Landschaftsstation in Borgentreich

Anschließend: Hessische Staatsdomäne Frankenhausen mit Grußwort von

Elizabeth Mpopu, Generalkoordinatorin von La Via Campesina

13.30 Uhr Ausklingen der Veranstaltung

Das ausführliche Programm unter: www.abl-ev.de

Beitrag für TeilnehmerInnen: 35,-Euro (Verpflegungspauschale) plus 45,-Euro

für Übernachtung in einer Tagungsstätte bzw. Pension und Bustransfer

Die Zahlung erfolgt vor Ort in Körbecke

Anmeldung: Zutreffendes bitte ankreuzen

Ich/ wir nehmen am Jubiläumsfest teil

Ich/ wir benötigen einen Bustransfer von Warburg nach Körbecke und abends ins Quartier (Landvolkshochschule Hardehausen, Jugendbildungsstätte Hardehausen sowie Pensionen),

Ich/ wir nehmen auch an der Exkursion am Sonntag teil.

Ich/ wir fahren dann mit dem Bus nach Kassel-Wilhelmshöhe zum Bahnhof.

Name:

Adresse:

Telefon und Email-Adresse:

Senden an: AbL-Bauernblatt-Verlags GmbH, Vera Thiel, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm iWestf., Telefon: 02381 – 492288, Fax: 02381 – 492221
 Email: verlag@bauernstimme.de

schaft bäuerliche Landwirtschaft e. V., das Bauernblatt zur Unabhängigen Bauernstimme. Treu geblieben ist die Zeitung dem Motto „von Bauern für Bauern“. Die Unabhängige Bauernstimme versteht sich als Sprachrohr und Informationsmedium der agrarpolitischen Opposition, als eine Gegenstimme zu den vom Bauernverband geprägten Wochenblättern und Fachzeitschriften.

40 Jahre in der Zeitungslandschaft zu bestehen war nicht immer einfach. Eine Zeitung, die sich weitestgehend ohne Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft trägt, die keine Gelder hat, um aufwendige Werbeanzeigen zu schalten, die ohne Hochglanz und Farbbilder auskommt, muss ihre Leser durch gute journalistische Arbeit, besondere Themen und einen hohen Informationswert überzeugen. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Auf vielen Höfen ist die finanzielle Lage bei niedrigsten Milch- und Fleischpreisen schwierig, der Kopf nicht immer frei, um Lösungen zu suchen. Umso wichtiger ist es uns, dem

Redaktionsteam, Sie, unsere Leser, auf individuelle Konzepte aufmerksam zu machen und über die Entwicklungen in Politik und Wirtschaft zu informieren. Wir wollen dazu beitragen, dass bäuerliche Landwirtschaft Zukunftslandschaft bleibt und diese Idee immer weiter in die Gesellschaft getragen wird. Damit die gemeinsamen Ziele offenbar werden.

In diesem Jahr wollen wir das Jubiläum 40 Jahre Bauernstimme feiern und dabei nach vorne schauen. Wir suchen Denkanstöße im Kuhstall und in der gesellschaftlichen Bewegung. Wir feiern am 25./26. Juni 2016 ein großes Fest auf dem Hof der Familie Jacobi, in der Nähe von Kassel, wozu wir alle Bauernstimmenleser herzlich einladen! Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich!

Die Redaktion

Gerne schicken wir euch auch Infomaterial, damit ihr auf euren eigenen Höfen auf das Jubiläum der Unabhängigen Bauernstimme hinweisen und neue Leser gewinnen könnt.

Aus dem Bauernblatt 01 im März 1976:

Was wir mit dieser Zeitung wollen:

Dass wir uns mit der Herausgabe einer eigenen Bauernzeitung sehr viel Arbeit aufladen, ist uns klar. Es gibt aber einige Gründe dafür, dies in Kauf zu nehmen. Da ist erstens die Tatsache, dass wir in den Zeitungen „für die Landwirtschaft“ nicht schreiben dürfen. Zweitens können wir unsere Erfahrungen, Diskussionsbeiträge und Aktionsvorschläge nicht alle als „Flugblätter“ unter die Leute bringen. Zu viel bleibt dabei unveröffentlicht, zu umständlich und zu teuer ist auch der Weg. Drittens gibt es so viele Nachrichten und Informationen, die der Bauer wissen sollte, die ihm aber in der Regel vorenthalten werden.

Diese Zeitung will also ein Organ sein, in dem eine Gruppe junger Bauern ihren Kollegen – und der Öffentlichkeit – sagt, was aus ihrer Erfahrung zu diesem und jenem Bereich zu sagen ist. Sie will außerdem eine Zeitung sein, die auch „heiße Eisen“ anfasst und keine Rücksicht auf „wirtschaftliche Interessen“ nimmt. (...) Eine Zeitung für fortschrittliche Bauern also! Dabei ist nicht an technisch fortschrittliche, sondern an politisch fortschrittliche Bauern gedacht. Mit „politisch fortschrittlich“ meinen wir aber nicht: Bauern mit dem Hang zu irgendeiner politischen Partei, sondern: Bauern, die das, was man ihnen vorsetzt oder verordnet, kritisch überdenken, an ihren eigenen Erfahrungen messen und notfalls widersprechen, eigene Vorschläge entwickeln, ihre eigene Politik machen.

Möge diese Zeitung dazu beitragen, die Solidarität unter den Bauern zu fördern, die Verbindung zu unseren wirklichen Partnern, den Verbrauchern, zu schaffen und möge sie helfen, das Bewusstsein der Bauern zu stärken.

Die Herausgeber

Geduld als Wegweiser, Vielfalt als Ziel

Junges Gemüse trifft Biobauer aus Hessen

Es ist ein grauer Sonntagnachmittag im März, als ich mich auf mein Fahrrad schwinge. Seit Wochen freue ich mich auf dieses Hofgespräch. Trotzdem bin ich nicht ganz sicher, was auf mich zukommt. Ich, das „junge Gemüse“, bin 23 Jahre alt, studiere in Gießen Agrarwissenschaften und habe für meinen Hofbesuch mehr oder weniger zufällig einen Hof in der Umgebung auserkoren.

Bauer Jürgen Scheld hingegen gibt mir sofort das Gefühl, den richtigen Hof für meinen Besuch gefunden zu haben: Mit heißem Tee und beeindruckender Offenheit heißt er mich willkommen. Scheld hat Landwirtschaft in Witzenshausen studiert und übernahm Ende der 1980er Jahre den „Sonnenhof“ in Bus-eck (bei Gießen) von seinem Vater. Kurz danach stellte er den Betrieb auf Ökolandbau um. Als ich nach den Gründen frage, antwortet er verschmitzt: „Ich glaube, ich war schon immer ein kleiner ‚Bio‘. Die Pflanzenschutzspritze war einfach nicht so mein Ding.“ Scheld übernahm den Hof mit hohen Schulden und betriebswirtschaftliche Berater schüttelten damals den Kopf darüber. Dennoch hat er weitergemacht, alte Standbeine wiederbelebt und neue geschaffen. Wie das trotz der finanziell schwierigen Anfangssituation geklappt hat? Hauptsächlich mit einem festen Willen, langem Atem und etwas Glück, meint Scheld, der immer wieder auch von anderen Menschen in seinen Vorhaben unterstützt wurde. Ich selbst bin nicht auf einem Hof aufgewachsen und bin noch nicht sicher, wo genau ich später einmal arbeiten werde. Darum bestärkt mich dieser Rückblick: Es muss nicht immer von Anfang an der perfekte Plan vorhanden sein. Ein klarer Blick nach vorn, Durchhaltewillen und die Geduld, auf passende Zufälle zu warten, sind schon eine gute Grundlage.

Leben mit Kühen

Der Sonnenhof ist heute ein 150 ha großer Betrieb mit derzeit 70 Milchkühen

Betriebsspiegel Sonnenhof:

150 ha, davon 50 % Grünland, 50 % Ackerbau: Futterleguminosen, Getreide, Mais und mehr
70 Milchkühe und Nachzucht
Saisongärten
eigene Käserei in Kooperation mit Ziegenbetrieb
Pferdestallvermietung
2 Schweine



Ein alter Hase unter Kühen: Jürgen Scheld im Kuhstall des Sonnenhofes

Foto: Aila von Rohden

plus Nachzucht, Ackerbau, Grünland, einer eigenen Käserei, Saisongärten und einem Pferdestall, der vermietet wird. Auf dem Hof leben und arbeiten Familie Scheld, zwei Auszubildende und drei betreute Menschen. Jürgen Scheld liebt vor allen Dingen seine Kühe, wie man an seinen Erzählungen merkt: Seit Jahren versucht er durch verschiedene Kreuzungen robuste Kühe großzuziehen, die zu den Bedingungen eines Bio-Betriebs passen. Scheld füttert wenig Kraftfutter und freut sich schon auf den baldigen Beginn der Weidesaison. Die Milchleistung seiner Kühe liegt bei 5.400 kg, Gesundheitsprobleme gibt es selten. Ein Teil der gemolkenen Milch wird in der hofeigenen Käserei verarbeitet, die sich der Sonnenhof mit einem Ziegenbetrieb teilt. Die Nutzungsdauer seiner Kühe ist Scheld mit 3,9 Laktationen im Schnitt „immer noch zu kurz“, er hofft auf zukünftig längere Zusammenarbeit mit seinen Tieren. Sich von alten oder kranken Kühen zu verabschieden, fällt dem Bauern nicht leicht. Natürlich gehöre es dazu, sagt er, aber oft habe man schließlich mit den Tieren einen ganzen Lebensabschnitt geteilt. Ich selbst bin seit Beginn meines Studiums mit verschiedensten Einstellungen zum Thema Tierhaltung in Berührung gekommen: Zwischen Veganismus und Massenproduktion gibt es viele Facetten. Im Gespräch mit dem „alten Hasen“ erkenne ich nun viele meiner eigenen Gedanken wieder: Wertschätzung und Zuneigung für die Kühe als Lebewesen, gemischt mit einem praktischen

Bewusstsein dafür, dass auch sie ihren Teil zum Einkommen des Betriebes beitragen müssen.

Wachstumskritik

Begeisterung für seine Arbeit zeigt Jürgen Scheld auch bei einer Rundfahrt entlang der Felder, auf denen langsam alles zu wachsen beginnt. Ein kleines Stück Ackerland ist für die Saisongärten reserviert: Zum sechsten Mal bestellt er hier kleine Parzellen mit Gemüse, Verbraucher können sich eine Parzelle mieten und kümmern sich dann eigenständig um Pflege und Ernte. Die Begeisterung für das Wachstum auf den Feldern schlägt in Unverständnis um, als wir auf das Wachstum von Betrieben zu sprechen kommen. Ich selbst bin quasi Wachstumskritikerin, seit ich mich zum ersten Mal bewusst mit den Prinzipien einer ungebremst wachsenden Wirtschaft beschäftigt habe. Darum halte ich mich zurück und bin gespannt auf die Meinung des „alten Hasen“. Und tatsächlich kann ich meine eigenen Ansichten um einen ganz wesentlichen Punkt erweitern: die soziale Bedeutung. „Warum hält jemand über 500 Kühe, wenn sich daraus nicht einmal höhere Löhne für die Beschäftigten ergeben?“, fragt Scheld. Und, besonders interessant für „junges Gemüse“, das in den nächsten Jahren in die Landwirtschaft einsteigen möchte: Mit wachsenden Betriebsstrukturen sinkt auch die Flexibilität. Je größer die Strukturen eines Betriebes werden, desto weniger Möglichkeiten gibt es

beim Generationswechsel für Veränderungen hin zu individuellen Vorlieben. Wir als „junges Gemüse“ können also auch aus egoistischen Gründen den Betrieben dankbar sein, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf den Erhalt von Vielfalt setzen.

Zeit für Erlebnisse

Ich habe an diesem Tag einen sehr umfassenden Einblick in das Leben auf dem Sonnenhof bekommen. Ob bei der Vielzahl von Aktivitäten noch Gelegenheit für Freizeit bleibe, frage ich. Und obwohl Jürgen Scheld zugibt, dass sein Arbeitsalltag sehr voll ist, kann er auch auf diese Frage gleich mit mehreren Geschichten antworten: Neuseeland, die Schweiz, Irland ..., da gab es die eine oder andere Fachexkursion, die sich mit persönlichen Vorlieben verbinden ließ, und sei es nur die Hinfahrt auf dem eigenen Motorrad. Mein Besuchsnachmittag ist länger geworden als erwartet, aber ich verlasse den Hof mit einem Lächeln auf den Lippen. Mitgenommen habe ich vor allem Zuversicht: Eine vielfältige Landwirtschaft ist noch immer möglich und mit Ideen, Willen und Geduld lässt sich schon eine Menge erreichen. Auch der Sonnenhof und seine Bewohner können auf keine perfekte Entwicklungsgeschichte zurückblicken. Aber was es hier zu sehen und zu erzählen gibt, reicht sicher trotzdem noch für viele inspirierende Begegnungen.

Aila von Rohden,
junge AbL

Baba Dunjas letzte Liebe

Mit erstaunlicher Leichtigkeit schreibt die Autorin in diesem Roman eine Geschichte über die eigentlich zutiefst unwirtlich erscheinende Welt der Tschernobyl Heimkehrer. Eine Gruppe alter, eigenwilliger Menschen bildet eine etwas ruppige aber aufeinander acht gebende Dorfgemeinschaft aus lauter Einzelgängern, die sich ihr selbstbestimmtes Zuhause in verlassenen Häusern und verwilderten Gärten zurückerobert haben. Sie führen ein einfaches Leben und sind sich gelassen der Nähe zum Tod bewusst. Baba Dunja, eine besondere Frau, die den Kern der kleinen Gemeinschaft bildet, blickt verschmitzt auf die Eigentümlichkeiten ihrer Nachbarn,

von sich selbst, aber auch auf die schon verstorbener Bekannter: „Wenn ich mich in meinem Alter noch über Menschen wundern würde, käme ich nicht mehr zum Zähneputzen.“ Ein plötzlich auftauchender Fremder bringt die kleine Welt jedoch gehörig durcheinander, weil er ein kleines Mädchen mitbringt – ein junger Mensch, der sein Leben noch vor sich hat. *cu*

Alina Bronsky, Baba Dunjas letzte Liebe, 2015, Kiepenheuer & Witsch, ISBN: 978-3-462-04802-5, 160 Seiten, gebunden, 16,00 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag



Stickstoff – ein Element schreibt Weltgeschichte



In der Reihe „Stoffgeschichten“ ist ein komplettes Buch zu dem chemischen Element, Luftbestandteil und wichtigem Nährstoff erschienen. Kurzweilig geht es um das natürliche Vorkommen, die Eigenschaften und zu großen Teilen um die Bedeutung für den Pflanzenbau. Lange Zeit war die Versorgung mit Stickstoff der indirekt begrenzende Faktor für die Lebensmittelerzeugung. Umso mehr wurde das von Fritz Haber und Carl Bosch entwickelte Verfahren gefeiert, mit dessen Hilfe der Stickstoff aus der Luft gebunden werden konnte, um künstlichen Dünger ver-

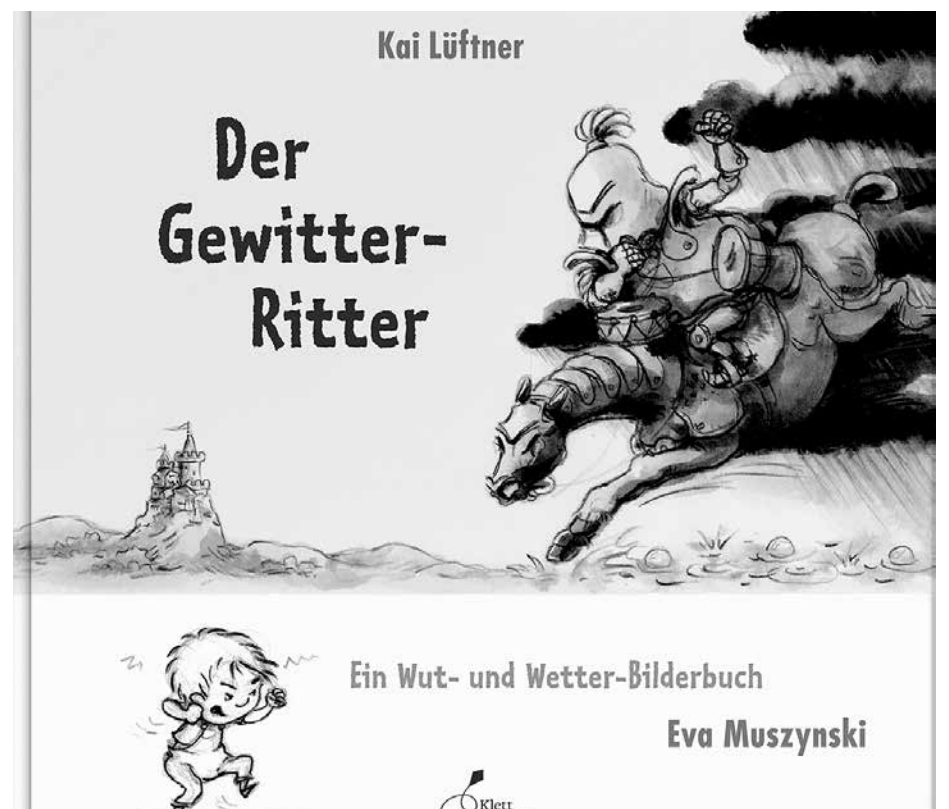
fügbare zu machen. Jahre später wird jedoch Stickstoff im Überfluss zu einem Problem in Gewässern und Trinkwasser sowie in gasförmigen Verbindungen zu einer Herausforderung im Klimaschutz. Es braucht einen neuen Umgang mit dem wertvollen Element. *cu*

Gerhard Ertl, Jens Soentgen (Hrsg.), N - Stickstoff – ein Element schreibt Weltgeschichte, oekom verlag München, 2015, gebunden, 272 Seiten, ISBN-13: 978-3-86581-736-5, 24,95 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag

Ein kleines Wutbuch – der Gewitterritter

Für alle, die einen zünftigen Wutausbruch mal in ganz anderem Licht betrachten wollen, ist dieses wunderschön gezeichnete Bilderbuch mit seinen wortspielerisch gereimten Texten sehr zu empfehlen. In zwei Ebenen wird hier der Verlauf eines kindlichen Zornausbruchs als aufziehendes Gewitter dargestellt, dessen düstere Wolken sich zu einem Ritter verdichten. Dieser lässt mit Urgewalt Wasser, Wind und Donner nach allen Regeln der Kunst niederprasseln, toben und grummeln. Genauso plötzlich, wie er erscheint, verschwindet er jedoch auch wieder. Parallel durchlebt am unteren Bildrand ein Kind alle Gefühle, die oben stellvertretend den Gewitter-Ritter schütteln. *cu*

Kai Lüftner, Der Gewitter-Ritter. Ein Wut- und Wetter-Bilderbuch, Illustrationen Eva Muszynski, 2015, Klett Kinderbuch, ab 4 Jahre, ISBN: 978-3-95470-121-6, 13,95 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag



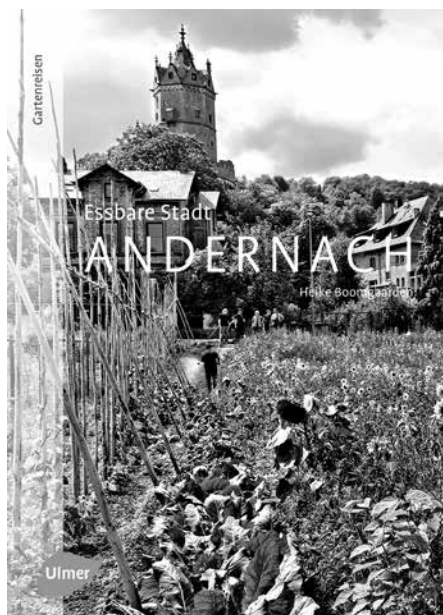
Essbare Stadt Andernach

In einem wunderschönen Bildband stellt die bekannte Fernsehautorin und Landschaftsgärtnerin Heike Boomgarden ihr Projekt „Essbare Stadt Andernach“ vor. Es entstand aus einem Arbeitslosenprojekt außerhalb der Stadt in Eich, wo die Stadt resp. Heike Boomgarden zusammen mit der Perspektive gGmbH, Ehrenamtlichen und Langzeiterwerbslosen auf 14 Hektar Biogemüse in Permakultur anbaut und dazu Schafe sowie Schweine hält. Dann kam dazu die Idee, auch die Grünflächen rings um die erhaltene Stadtmauer der 30.000-Einwohner-Stadt Andernach am Rhein ebenfalls mit MAE-Kräften („Ein-Euro-Jobbern“) mit Gemüse zu bepflanzen. Es begann mit einem Jahr, in dem sie im Stadtgraben 100 verschiedene Tomatensorten zogen, von denen die Bürger später so

viel nehmen durften, wie sie wollten. Im nächsten Jahr wurden Bohnen ausprobiert und anschließend 50 verschiedene Kohlsorten. Das Erstaunliche war, dass die offen liegenden Beete kein Opfer von Vandalismus wurden. Entstanden ist ein beträchtlicher Bildband, der –abgesehen von den Mühen der Antragstellung im Zeitalter der Finanzierung guter Ideen ausschließlich via Projektförderung – Stadtgärtnerinnen und Stadtbauern alles Wichtige erklärt und zeigt.

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Heike Boomgarden: *Essbare Stadt Andernach*. Ulmer Verlag, Stuttgart 2016, 96 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 19,90 Euro.



Zum Saatgut was zu sagen

Obwohl der Titel „Saatgut – Wer die Saat hat, hat das Sagen“ eher klingt wie schon mal dagewesen, ist das Buch von Anja Banzhaf erfrischend in Aufmachung und Inhalt. Selbst wenn die Fakten und Hintergründe bekannt sind, gelingt der Autorin eine gute Zusammenfassung. Und eine wirkliche Bereicherung sind die zahlreichen Projektbeschreibungen, Fallbeispiele und Essays, die auflockernd über das klar gestaltete Buch verteilt sind. Es ist ein kompakter, ansprechend zu lesender Einstieg in die Thematik Saatgut für jedermann

aber eben gerade jenseits reiner Gartenratgeber. Es ist gedacht für Leute, die Balkonkasten oder Vorgarten politisch betrachten oder für Bauern und Bäuerinnen, die Verbindungen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen über den Ursprung allen Essens herstellen wollen – über das Saatgut. cs

Anja Banzhaf, *Saatgut – Wer die Saat hat, hat das Sagen*, Oekom Verlag, 270 Seiten, ISBN 978-3-86581-781-5

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2016 Schwerpunkt: Wachstum - 22,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €
weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche Kleinanzeigen 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Juni ist der 20. Mai 2016.** Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Hof und Arbeit

• **Agraringenieur** (45) sucht neue Herausforderung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft. Langjährige Erfahrung in der praktischen ökologischen Landwirtschaft und Betriebsleitung. Kontakt: oekolandbau@web.de

Sonstiges

• **Treckerreifen** jk258@web.de Fax: 04881-7452 Neureifen

HANDEL VON BAUER ZU BAUER!

Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Marktstände für Direktvermarkter
ökologisch - praktisch - schön

www.klipklap.de 16845 Rohrlack 033928 239890

Gentech 2.0
BAYER
startet durch

Topthema im neuen Magazin

www.stichwort-bayer.de
info@stichwort-bayer.de
Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf
facebook/Coordination

STICHWORT BAYER *Konzernkritik konkret.*

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

Veranstaltungen

Hof mit Zukunft

26.04.2016, 9.30 Uhr, Hohebuch
Thema: „Hof mit Zukunft – auch ohne eigene Nachfolger / Hof mit Zukunft – auch ohne Eltern mit Hof“. Seminartag für Landwirtschaftsfamilien ohne Nachfolger und junge Menschen die einen Betrieb suchen. Wir bieten: Informationen und Erfahrungsberichte über die Möglichkeiten eines außerfamiliären Generationswechsels in der Landwirtschaft.

Informationen/Anmeldung beim Evang. Bauernwerk, 74638 Waldenburg-Hohebuch, Tel.: 07942-107-0, Fax: 07942-107-77, Mail: C.Klenk@hohebuch.de.

AbL Humus und Klima

26.04.2016, 18 Uhr, Ansbach
Veranstaltung zu „Humus- die vergessene Klimachance“, Filmvorführung mit anschließender Diskussion.
Kammerspiele Ansbach

In neuen Territorien denken

06.-08.05.2016, Bad Boll

Die Ressource Land und Territorium ist in Lateinamerika, aber auch in anderen Ländern des Südens, zunehmend umkämpft. Die Tagung informiert über die Auswirkung von Landgrabbing in Lateinamerika und Deutschland. Vor allem fragt sie danach, welche Lösungsansätze zur Überwindung dieses globalen Problems es geben könnte.

Ort.: Ev. Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Anmeldung und Infos: www.ev-akademie-boll.de

Billige Milch zerstört Höfe

07.05.2016, 14 Uhr, Minden
Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis in Minden ruft zu einer bunten und lautstarken Kundgebung Gegen Unfair-Handel, gegen das „Verpulvern“ von Bauern und Milchkühen, für die Agrarwende. JETZT! Was wollen wir? Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft, handwerkliche Lebensmittelerzeugung, regionale Produkte im Einzelhandel!
Infos: <http://minden.handelt-fair.de>

Entwicklung neu denken

20.-22.05.2016, Hofgeismar
Im Mittelpunkt der Tagung steht die Suche nach Leitbildern, Maßstäben und normativen Prinzipien für eine zukunftsfähige Entwicklung in Nord und Süd: Ressourcenarm, klimaverträglich und sozial gerecht – wie kann das gehen?

Informationen-Anmeldung: Claudia Bochum, Evangelische Akademie Hofgeismar, Gesundbrunnen 11, 34369 Hofgeismar, Tel.: 05671 881-122, Telefax: 05671 881-154, E-Mail: claudia.bochum@ekkw.de

Unter dem Radar

02.05.2016, 12.30 Uhr, Berlin
Fachgespräch zum Thema: „Wie kann illegale Fischerei bekämpft werden?“ aus Anlass des diesjährigen Fish Dependence Day. Dieser Tag bezeichnet den rechnerisch letzten Tag, an dem Deutschland seinen Fischkonsum aus eigener Fischerei decken kann. Ab diesem Tag müssen VerbraucherInnen in Deutschland ihren Fischbedarf mit Importen decken. Neben einem verantwortungsvollen Umgang mit den Fischbeständen für die deutsche und europäische Fischerei fordern die beteiligten Organisationen Fischereiindustrie, Handel und Politik auf, die IUU Fischerei wirksam und effektiv zu bekämpfen.

Ort: Reglerhaus/EUREF Campus, Tor-gauer Str. 12-15, 10829 Berlin, Anmeldung: Andrea Lenkert-Hörrmann, email: projektbeauftragte@slowfood.de
Tel: 0151-153 081 86

ASG-Frühjahrstagung

25.-26.05.2016, Meißen
Thema der Tagung: „Migranten aufnehmen und integrieren: Die ländliche Entwicklungspolitik vor neuen Herausforderungen“. Der hohe Zustrom von Migranten stellt unsere Gesellschaft insgesamt, aber auch die ländlichen Räume vor neue Aufgaben. Welchen Beitrag können die Menschen vor Ort und die Instrumente der ländlichen Entwicklung – ergänzend zu den speziellen Instrumenten der Integrationspolitik – leisten, damit nachhaltige Integration in den ländlichen Räumen gelingt?

Programm: www.asg-goe.de/pdf/ASG-Fruehjahrstagung-2016-Meissen.pdf
Online-Anmeldung unter: www.asg-goe.de/Anmeldung-FT-2016.shtml
Ort: Hotel Burgkeller, Domplatz 11, Meißen

Fleischerhandwerk

Auszüge aus dem Seminarprogramm für das Fleischerhandwerk im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau:
07.05.2016, Heusenstamm
Basisseminar – Nachhaltige Fleischherzeugung und Verarbeitung
11.06.2016, Niederhummel
Ganztierverarbeitung und Vermarktung – Herausforderungen und Chancen

Infos: FiBL Projekte GmbH Ann-Sofie Henryson, Tel. 069 7137699-4

Eiweißfutter aus Niedersachsen – Feldtage 2016

Donnerstag, 2. Juni 10.30 – 15.00 Uhr
Feinsamige Leguminosen im Milchviehbetrieb
Treffpunkt: Siebenhäuser Str. 40, 49453 Rehden
Wolfgang Johanning,
Direktvermarktung: Milchtankstelle, eigene Molkerei
Guido Sanderling (Bioland),
Direktvermarktung: Käse (mobile Lohn-Käserei)
Fachvortrag von Hr. Felgentreu, DSV

Dienstag, 14. Juni 10.00 – 15.30 Uhr
Leguminosen in der Geflügelfütterung (Fleisch, Eier)
Treffpunkt 1: Am Stall von LWK-Präsident G. Schwetjetz, östlich von 38312 Cramme
Feldbegehung: Futtererbsen Sortenvergleich
Fachvorträge von Friedhelm Deerberg:
„Körnerleguminosen in der Monogastridenfütterung“
Hendrik Sommer:
„Feinleguminosen-Blattmasse als Eiweißkomponente“
Treffpunkt 2: Kloostergut Dibbesdorf,
Am Markt 5, 38108 Braunschweig
Bernd Barnstorf-Brandes (Bioland):
Legehennen, Erbsensorten/Taubenabwehr
Abschluss auf Hof mit Kaffee und Kuchen

Alle Feldtage inklusive Fachvortrag, Mittagessen und Vorführung der eingesetzten Technik.

info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

Solidarische Landwirtschaft **Basis Kurs Solidarische Landwirtschaft**
08. - 10. Juli 2016

Wie kann ich eine Solidarische Landwirtschaft starten? Welche Möglichkeiten bietet diese Wirtschaftsart? Was daran ist mehr als Direktvermarktung? Wie kriegen das andere schon gut hin? Diese und andere Fragen werden wir gemeinsam im Solawi-Basis-Kurs nachgehen.

Unser Ziel ist, dass die TeilnehmerInnen am Ende eine Vorstellung davon haben, wie sie eine Solawi selbst ins Leben rufen können, was dabei zu beachten ist und welche Potentiale dieses Konzept für die Zukunft bietet. Weiterführende Beratung, Kontakte und Materialien werden wir ebenfalls zur Verfügung stellen.

Ort: Solawi-Hof Tangsehl, Tangsehl 2, 21369 Nahrendorf
Anmeldeschluss: 20.06.2016;
Anmeldung und Fragen an Gabriel Erben,
email: anmeldungsolidarische-landwirtschaft.org
Telefon.: 0151 59443169
www.solidarische-landwirtschaft.org/de/newstermine/veranstaltungen/#c742

AbL Termine

Weitere Termine im Internet unter:
www.abl-ev.de/termine

13. Tagung der jungen AbL

23.-24.06.2016, Borgentreich bei Kassel



Im Vorfeld des 40jährigen Bauernstimme-Jubiläums wird die junge AbL sich auf dem Hof Jacobi in Körbecke im nördlichen Südostwestfalen treffen und lädt alle Interessierten ein, dabei zu sein und mitzudiskutieren. Wer sich noch in die Vorbereitungen einbringen möchte kann sich unter junge-abl@abl-ev.de melden.

Saatgut-Karawane der jungen AbL

03. - 12. Juni 2016

Das Recht auf Saatgut ist eine der Grundvoraussetzungen für Ernährungssouveränität und Nutzpflanzenvielfalt. Als Keimzelle dessen was wir anbauen, spielt es eine zentrale Rolle für die bäuerliche Landwirtschaft und wir möchten als jAbL gemeinsam mit Menschen aus ganz Europa tiefer in das Thema einsteigen.

Wir werden uns vom 03. bis 12. Juni mit Themen wie Saatgutnachbau und -züchtung intensiv auseinandersetzen, indem wir uns auf eine Saatgut-Karawane begeben: Drei Tage Seminar und sieben Tage Reise von Saatgutinitiativen zu Betrieben, von Hof zu Hof quer durch Süddeutschland, Schweiz und Frankreich!

Wir wollen Hintergründe der Saatgutarbeit verstehen, rechtliche Rahmenbedingungen beleuchten und vor allem erleben, wie auf verschiedensten bäuerlichen Höfen mit Saatgut umgegangen wird. Kommt gerne dazu, meldet euch bei Interesse einfach bei uns!

Nähere Informationen bekommt ihr von Mareike: mareike.artlich@t-online.de. www.abl-ev.de/junge-abl

Saatgut in Bauernhand! - Eure jAbL

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Bernd Voß, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, 0173-013 50 92.dibbern-voss@t-online.de
 Andrea Kraus, Eckholz 5, 24214 Neuwittenbek, 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de

Geschäftsführung:

Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeanette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553-7529, a.schmech@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß, Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber, Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllalgau@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de,

Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;

Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;

Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Impressum unabhängige Bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
 Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:
 Luiz Massucati, Tel: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
 Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

AbL Mitgliedsantrag **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 103,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 138,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 48,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 73,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
 Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle: nach Erhalt der Rechnung per SEPA-Lastschriftmandat
 Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
 AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____



Landwirtschaft – eine Sprache

Das kommt ja nicht so oft vor, aber neulich saß ich mal, zusammen mit meiner Tochter Marie, im Flugzeug. Wir hatten ein langes Wochenende in Nordwales verbracht, und nun waren wir hoch über Europa, auf dem Weg zurück von Großbritannien nach Deutschland. Ich saß am Fenster, Marie schlief neben mir auf dem Mittelplatz, und neben ihr am Gang saß ein großer, massiger Mann: rosige Gesichtshaut, Glatze, blaue Augen, mit auffällig hohen, braunen Wildlederstiefeln, in den riesigen Händen gerade die zweite Bierdose.

Ich schrieb ein wenig in meinem Tagebuch, und als ich fertig war, sprach der Hüne mich auf Englisch an. „Sorry“, sagte er, aber dürfe er fragen, was ich da gerade geschrieben hätte.

Nun ja, sagte ich, ich hätte Tagebuch geschrieben, seit 32 Jahren schreibe ich Tagebuch. Oh, sagte er, und ob er fragen dürfe, was mein Business sei. „I am a farmer“, antwortete ich. Das habe er sich gedacht, sagte er, ich habe so große Hände. Und er zeigte erst auf meine – wie meine Tochter sagt – Maulwurfsschaufeln und präsentierte anschließend seine Pranken. Sie sahen ziemlich ähnlich aus, und er sagte, er sei auf einer Farm aufgewachsen, die sein Bruder übernommen habe, er sei mittlerweile Gärtner, das sei eigentlich das Gleiche. Es dauerte danach noch ungefähr zwanzig Sekunden, und wir befanden uns – über meine schlafende Tochter hinweg – mitten in einem Gespräch, wie es – da bin ich sicher – nur Bäuerinnen, Bauern und Bauernkinder

miteinander führen können.

Er sagte, er sei 45 Jahre alt und nun seit einem Jahr Witwer; seine Frau habe nachts einen Herzinfarkt gehabt; er sei aufgewacht und sie habe neben ihm gelegen und nach Luft gerungen, und dann sei sie in seinen Armen gestorben. „I was a mess“, sagte er, aber seine Töchter, zehn und elf Jahre alt, hätten ihn gebraucht und ihm gleichzeitig Kraft gegeben. Ich verstand, was er meinte, und wir blickten uns in die Augen und waren kurz davor, gemeinsam loszuheulen. Aber dann kriegten wir – gerade noch so – die Kurve und erzählten uns davon, wie es war, auf einem Hof aufzuwachsen, zur gleichen Zeit, in unterschiedlichen Ländern, und ich hatte den Eindruck, es sei nebenan gewesen, Midlands in England, Schles-

wig-Holstein, so groß schien der Unterschied nicht zu sein. Und wir sprachen über unsere Trecker, über unsere Eltern und Geschwister und darüber, wie großartig das Gefühl war, wenn man es geschafft hatte, eine Ratte mit der Plattschaufel zu erlegen. Wir redeten, als seien wir seit Jahren befreundet, dabei kannten wir uns gerade einmal eine Viertelstunde. Nachdem wir gelandet waren, bevor wir unsere Karten tauschten und uns verabschiedeten, sagte ich zu ihm, das sei das Schöne daran, Bauer oder Bauernkind zu sein. Egal, wo man sei, man könne überall andere Bauern oder Bauernkinder treffen, und sofort könne man miteinander sprechen, auf einer Ebene, auf Augenhöhe, als kenne man sich schon ewig. Und er antwortete: „Well, agriculture, it’s language, believe me, a language of its own.“

Plötzlich wusste ich: Verdammt noch eins, er hat recht, wie recht er doch hat. Landwirtschaft ist eine Sprache, und nur wir Bäuerinnen, Bauern und Bauernkinder überall auf der Welt sprechen sie. Ich kann nicht nur Hoch und Platt und Englisch und ein bisschen Französisch und ein bisschen weniger Schwedisch, nein, ich kann auch Landwirtschaft. Und in der ganzen Welt leben Bäuerinnen, Bauern und Bauernkinder, denen ich zufällig begegnen kann, im Zug, im Flieger, wo auch immer, und wir sind nur zwei Minuten Gespräch von einer Freundschaft entfernt. Ich kann mir nicht helfen; es ist ein großartiges Gefühl. Wir erkennen uns an der Gesichtshaut. Und an den Händen, natürlich. Vor allem an den Händen. Pranken. Maulwurfsschaufeln.

Matthias Stührwoldt,
Milchbauer in Stolpe

unabhängige bauernstimme: schreibt Landwirtschaft

05/2016

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,40 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,90 € bzw. 33,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.